

Gemeinderat Adliswil

Protokoll der 17. Plenumsitzung vom 19. Dezember 2007

19.00 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

Anwesend

Ratspräsident Fredi Morf
33 Ratsmitglieder
Ratssekretärin Ida Hofstetter Protokoll
Ratsweibel Heinz Jordi

Entschuldigt abwesend

2 Ratsmitglieder

Präsenz der Exekutivebehörde

Stadtrat

Harald Huber	Stadtpräsident
Didier Falbriard	Sicherheit, Umwelt
Mario Fehr	Jugend, Freizeit, Sport
Horst Fuhrmann	Werke
Stephan Herzog	Soziales
Dr. Alphons Kappeler	Hochbau
Walter Müller	Finanzen
Astrid Romer Schneiter	Tiefbau
Heinz Spälti	Gesundheit, Umwelt

Stadtschreiber

Bruno Aebischer

Schulpflege

Rita Rapold Schulpräsidentin

Geschäfte

1. Mitteilungen

2. Finanzplan 2007 - 2011 (SRB 324/07)

Aussprache und Kenntnisnahme

3. Stellenbudget 2008 (SRB 305/07)

Antrag des Stadtrates auf Zustimmung zu den Etatveränderungen und Genehmigung des Stellenplans

4. Budget 2008 (SRB 325/07)

Anträge des Stadtrates auf Genehmigung des ordentlichen Budgets und der Globalbudgets 2008

Festsetzung des Gemeindesteuerfusses

Dieses Traktandum gilt auch als allgemeine Fragestunde.

5. Ersatzbau Sunnesaal

Antrag des Stadtrates auf Abschreibung des Postulates von Ursula Rütimann Hagger betreffend kooperative Planung des Ersatzbaus für den Sunnesaal

6. Schulhausneubau Lebern-Dietlimoos (Gesch. No. 135/07)

Antrag der Schulpflege, das Postulat von Ursula Rütimann und Rita Schmid betr. Schulhausneubau im Lebern-Dietlimoos-Quartier auf der Pendenzenliste zu belassen

7. Quartier Sonnenberg

Postulat von Davide Loss und Rita Schmid betr. Ersatzlösung für die Anbindung des Quartiers Sonnenberg an das öffentliche Verkehrsnetz, Begründung

8. Neubau Stadtsaal

Beantwortung der Interpellation von Ruedi Stieger betr. Neubau des Stadtsaals

1. Mitteilungen

1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen folgende Entschuldigungen vor:

Carmen Marty	Geburt
Stefan Winter	Krankheit

1.2 Verabschiedung von Stadtrat Horst Fuhrmann

Stadtrat Horst Fuhrmann hat per Ende 2007 den Rücktritt aus dem Stadtrat eingereicht. Der Ratspräsident verabschiedet Horst Fuhrmann im Namen des Gemeinderates und dankt ihm für die sieben Jahre und sieben Monate, die er im Stadtrat mitgewirkt hat. Dass Adliswil zur „Energienstadt“ wurde, ist ein besonderes Verdienst von Horst Fuhrmann. Der Ratspräsident dankt ihm für seine grosse Arbeit für die Stadt und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Stadtpräsident Harald Huber dankt Horst Fuhrmann im Namen des Stadtrates für das engagierte Wirken, würdigt seine „energievolle“ Arbeit und wünscht ihm für die Zukunft beste Gesundheit und viel Erfolg.

Hans Rindlisbacher dankt Horst Fuhrmann im Namen der SVP herzlich für seinen Einsatz im Zweig Energie und Umwelt und wünscht ihm für die neue Zeit das Beste.

Stadtrat Horst Fuhrmann blickt zurück auf die für ihn interessante und gute Zeit in der Adliswiler Politik. Er bedankt sich bei Stadt- und Gemeinderat für die konstruktive Zusammenarbeit.

1.3 Neues Mitglied des Stadtrates

Patrick Stutz ist gestern mittels Stiller Wahl in den Stadtrat gewählt worden, ab 1. Januar 2008 wird er im Amt sein. Der Ratspräsident gratuliert ihm im Namen des Gemeinderates und der SVP herzlich zur Wahl in die Exekutive.

Patrick Stutz bedankt sich herzlich für die guten Wünsche.

1.4 Feststellung der Rechtskraft von Beschlüssen des Gemeinderates

Die Beschlüsse des Gemeinderates von der Sitzung vom 7. November 2007 haben Rechtskraft erlangt.

1.5 Mitteilungen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident Harald Huber dankt dem Ratspräsidenten herzlich für den Weihnachtsschmuck und die aufmunternden Weihnachtsgrüsse, die die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates auf ihren Tischen vorgefunden haben.

Stadtrat Horst Fuhrmann zum Label „Energienstadt“ (pendente Info aus der Beantwortung der Interpellation „Fernwärme mit Biomasse“):

Die Stadt Adliswil kann sich seit längerem mit dem Label „Energienstadt“ schmücken. Bei der Überprüfung im Jahre 2001 erhielt Adliswil 61 % der möglichen

Punkte und lag somit über dem Durchschnitt. Im Jahre 2005 wurden die Bewertungskriterien nochmals verschärft und Adliswil erhielt dennoch 59 % der möglichen Punktzahl. Wir haben bereits im 2003 ein Energieprogramm 2003 - 2007 herausgegeben und waren damit Vorreiter von dem, was das Label im 2005 haben wollte. Auch wenn wir aus finanziellen Gründen die Politik der kleinen Schritte machen mussten, haben wir trotzdem einige schöne Projekte und Massnahmen realisieren können. Zum Beispiel waren wir lange die führende Minergistadt der Schweiz und gehören diesebezüglich heute noch zu den besten. Oder wir haben im Gebiet Hofern den Minergistandard sichergestellt, wir haben bei sehr vielen Bauvorhaben, auch bei städtischen, darauf geachtet, dass wenn immer möglich der Minergistandard zum Zuge kam oder aber mindestens der Standard von erneuerbaren Energien wie z. B. im Gebiet Lebern-Dietlimoos. Darüber hinaus haben wir - und auch die Schule - die Energiebuchhaltung eingeführt. Die wird bald die ersten Früchte tragen, denn mit dem Klimarappen können wir Finanzen einfordern, wenn wir bei den sanierten Liegenschaften nachweisen können, dass sie energetisch sinnvoll saniert wurden. Wir haben aber auch schon lange geplant gehabt, die ARA-Abwärme zu nutzen, sowohl im Sihlhof als auch in der Sunnau und im Grüt; es sieht so aus, dass wir dies in der nächsten Zeit bewerkstelligen können. Innerhalb der energiesparenden Mobilität war die Diskussion um Tempo 30, in grossen Wohngebieten konnte dieses Tempo eingeführt werden, und auch das ist eine energiesparende Massnahme. Wir haben eine längerfristige Planung gemacht bezüglich Erdgastankstelle, eine kleine haben wir bereits in der Gasversorgung, mit der die eigenen Autos betankt werden. Eine öffentliche Erdgastankstelle wird in der nächsten Zeit realisiert. Wir haben die Leute für diverse energetische Themen sensibilisiert, z. B. mit dem „Tag der Sonne“ für die Sonnenenergie. Und wir haben innerhalb der Stadt ein sehr effizientes Energiecontrolling aufgebaut.

Leider sind bis jetzt einige grössere Pläne aus diversen Gründen noch nicht umgesetzt. Einer davon ist die Biogasgewinnung für die eigenen Fahrzeuge. Ich hoffe, dass mein Nachfolger diesem Label weiterhin Sorge trägt, damit wir auch zukünftig als Energiestadt auftreten können.

1.6 Protokoll

Zum Protokoll der Sitzung vom 7. November 2007 sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Somit gilt das Protokoll als genehmigt.

1.7 Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 6. Februar 2008 statt.

1.8 Traktandenliste

Irrtümlich wurde vergessen, die RGPK-Ersatzwahl von Kurt Frei zu traktandieren. Der Ratspräsident schlägt vor, das Geschäft als Traktandum 2 aufzunehmen und alle anderen Traktanden um eine Position nach hinten zu verschieben.

Max Stenz beantragt aufgrund des vorliegenden Antrages der RGPK zum Traktandum „Budget 2008“ das Traktandum „Stellenbudget 2008“ nach dem Traktandum „Budget 2008“ zu behandeln.

Der Rat ist mit diesen beiden Änderungen der Traktandenliste einverstanden.
Demnach lauten die Traktanden:

2. Ersatzwahl RGPK, 3. Finanzplan 2007 - 2011, 4. Budget 2008, 5. Stellenbudget 2008, dann die folgenden Traktanden gemäss Einladung, jedoch um eine Position verschoben.

2. Ersatzwahl Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK)

Nach über sechs jähriger Zugehörigkeit zur RGPK hat Kurt Frei per Ende Jahr seinen Rücktritt eingereicht.

Der Präsident der IFK, Roger Neukom, schlägt Yannick Wettstein zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Ruedi Stieger:

Ich bin erstaunt, dass ein valabler Vorschlag einer Fraktion ohne Angabe von einsehbaren Gründen von der IFK abgeändert wird. Ich hoffe, dass das stossende Vorgehen nicht Schule macht.

Roger Neukom:

Ich muss folgendes richtigstellen: Die IFK hat vor rund einer Woche der SP mitgeteilt, dass sie grossmehrheitlich Yannick Wettstein vorschlagen wird. Die Gründe dazu habe ich sowohl Ruedi Stieger als auch den beiden zur Verfügung stehenden Kandidaten persönlich mitgeteilt.

Davide Loss:

Es ist kein Geheimnis, ich war der Kandidat, den die SP vorgeschlagen hat. Angesichts der Reaktionen von den anderen Fraktionen ziehe ich meine Kandidatur zurück, möchte aber festhalten, dass die Begründung der IFK mehr als fragwürdig ist.

Roger Neukom:

Die IFK erachtet die RGPK als die wichtigste Kommission des Gemeinderates. Wir erachten beide Kandidaten als geeignet, aber Yannick Wettstein hat ein Stück mehr Lebenserfahrung und scheint uns vom beruflichen Hintergrund her besser geeignet. Der Entscheid der IFK ist in keiner Art und Weise gegen die Person von Davide Loss gerichtet.

Beschluss

Yannick Wettstein wird als Mitglied der RGPK für den Rest der Amtsdauer 2006-2010 gewählt.

Yannick Wettstein bedankt sich fürs Vertrauen, das ihm mit dieser Wahl ausgesprochen wurde.

3. Finanzplan 2007 - 2011 (SRB 324/07)

Aussprache und Kenntnisnahme

Eintretensdebatte

Patrick Stutz, Präsident der RGPK:

Nach dem Gemeindegesetz muss der Stadtrat als Gemeindevorsteherschaft für die Beurteilung der Haushaltsentwicklung entsprechende Angaben machen. Diese Vorgaben werden mit dem Finanzplan im Rahmen einer rollenden 5-Jahresplanung erfüllt. Dabei dient dem Stadtrat der Finanzplan als Führungsinstrument. Der Gemeinderat nimmt diesen nur zur Kenntnis. Er zeigt uns Prognosen im Finanzbereich: welche Investitionen anstehen und in welcher Priorität der Stadtrat diese realisieren möchte. Der Finanzplan dient uns auch zur Beurteilung des Budgets und dem damit verbundenen Stellenplan.

Vor einem Jahr hat die RGPK an dieser Stelle gesagt: „Die Finanzlage der Stadt Adliswil ist eng.“ Der vorliegende Finanzplan zeigt nun, dass sich die Situation nicht verbessert hat, im Gegenteil. Im Finanzplan 2006 - 2010 ist man von einer Verbesserung durch höhere Steuereinnahmen ausgegangen, die 2010 zu einem Erfolg hätte führen sollen. Diese Prognose hat sich nun im Finanzplan 2007 - 2011 geändert. Der Stadtrat rechnet zwar in den kommenden Jahren immer noch mit mehr Steuereinnahmen, einerseits durch Neuzuzüger und andererseits durch eine Erhöhung des Steuerfusses. Neu rechnet er aber auch mit bedeutend höheren Ausgaben. Dies führt im Finanzplan 2007 - 2011 dazu, dass wir für die kommenden vier Jahre mit weiteren Aufwandüberschüssen rechnen müssen, sofern sich auf der Aufwandseite keine Änderungen ergeben. Von einer ausgeglichenen Finanzlage kann aufgrund des Finanzplanes nicht ausgegangen werden. Überraschungen im Bereich von Investitionen oder weiteren Aufgaben, die der Kanton an die Gemeinden weiter gibt, können nicht aufgefangen werden, und sie werden die Stadt Adliswil noch mehr in die roten Zahlen treiben. Die Situation beim Eigenkapital hat bzw. wird sich ein wenig entspannen, aufgrund des voraussichtlichen Erfolges vom laufenden Jahr 2007 mit dem ausserordentlichen Buchgewinn aus den Landverkäufen Wilacker und Rossweg. Dieser Erfolg ist insofern zu relativieren, weil die Stadt Adliswil auch weiterhin einen Grossteil der Investitionen, die sie tätigt, aufgrund eines Cashflows von 50 % durch Fremdfinanzierungen bezahlen muss. Durch die Erhöhung der Fremdfinanzierung steigt aber auch die jährliche Zinsbelastung.

Bei den mit Steuern finanzierten Investitionen sind von 2008 - 2011 rund 17,5 Mio. Franken geplant. Der grösste Teil der Investitionen - rund 12 Mio. Franken - ist bei der Schule vorgesehen, und zwar für den Kindergarten Hofacker, für die Erweiterung Kopfholz sowie für den Beitrag an den Zweckverband der Sonderschule Horgen. Die übrigen Investitionen sind im Wesentlichen Beiträge an die Spitäler der Stadt Zürich und an das Sanitas sowie für Erschliessungskosten im Entwicklungsgebiet Sunnau/Moos. Die mit Steuern finanzierten Investitionen werden auf dem Notwendigsten gehalten. Die notwendigen, teils auch Wunschinvestitionen sind ausserhalb des Zeitrahmens bis 2011 aufgeführt. Es sind dies Investitionen von rund 85 Mio. Franken. Oder anders gesagt, Investitionen, die bei gleich bleibender Höhe der Investitionssumme wie in den kommenden vier Jahren in etwa 20 Jahren realisiert wären oder noch länger. Der Nachhol-

bedarf bei den Investitionen steigt kontinuierlich, die laufenden Investitionen werden zum grossen Teil fremdfinanziert, und in der laufenden Rechnung sind auch für die kommenden vier Jahre Aufwandüberschüsse geplant. Die Stadt Adliswil hat ein Finanzproblem. Die Ursache ist: Adliswil gibt jährlich zu viel Geld aus in der laufenden Rechnung - nicht in den Investitionen, in der laufenden Rechnung. Dies ist auch im Finanzplan 2007 - 2011, Seite 62, im Vergleich mit den anderen Gemeinden ersichtlich. Faktisch in allen Ressorts und in der Schule sind die Ausgaben pro Einwohner bei weitem über dem Durchschnitt der Zürcher Gemeinden. Die Stadt Adliswil ist aber nicht spezieller als andere Gemeinden im Kanton, sie hat die gleichen Aufgaben zu erfüllen. Ihre Einwohnerinnen und Einwohner haben die gleichen Bedürfnisse wie in den anderen Gemeinden, und der Kanton überträgt nicht nur der Stadt Adliswil zusätzliche Aufgaben, sondern allen Gemeinden.

Um das Finanzproblem in den Griff zu bekommen, sind die Aufwendungen in allen Bereichen massiv zu reduzieren. Eine Steuererhöhung allein genügt nicht. Diese birgt auch die Gefahr, dass gute Steuerzahlende wegziehen und neue gute Steuerzahlende nicht nach Adliswil ziehen. Mehreinnahmen aus Steuererhöhungen sollten auch nicht zu Deckung der laufenden Rechnung verwendet werden, sondern für den Abbau von Schulden und für die Reduktion von Fremdfinanzierungen. Aufgrund des Finanzplanes 2007 - 2011 und der jetzigen finanziellen Situation herrscht Handlungsbedarf.

Stadtrat Walter Müller:

Der Finanzplan ist ein Planungsinstrument für den Stadtrat. Er wird jährlich überarbeitet und mit den neuesten Erkenntnissen ergänzt. Aufgrund des Finanzplanes werden finanzpolitische Zielsetzungen festgelegt. Dazu braucht es wichtige Kennzahlen - Kennzahlen wie z. B. die Steuerkraft des laufenden Jahres, gesetzliche Rahmenbedingungen und das Wirtschaftswachstum. Der Stadtrat hat für den Finanzplan 2007 - 2011 folgende Kennzahlen definiert:

- Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 50 %
- Erhöhung des Steuerfusses auf 115 %
- Sparmassnahmen

Eine Steuererhöhung ist unumgänglich, um das Ziel eines ausgeglichenen Budgets während der Planperiode zu erreichen. Der Steuerfuss wird in der nächsten Zeit über dem kantonalen Mittel liegen. Aber mit den getroffenen Sanierungsmassnahmen und mit weiteren ausserordentlichen Buchgewinnen werden wir in den nächsten fünf Jahren mit einem konstanten Steuerfuss von 115 % einen positiven Cash Flow von rund 20 Mio. Franken erwirtschaften. Damit wollen uns im Steuer finanzierten Haushalt die Mittel für Investitionen einsetzen, denn das ist für Adliswil wichtig. Keine Investitionen bedeuten einen Rückschritt, und das wollen wir nicht. Ich glaube, wir haben für dieses Jahr einen Finanzplan vorgelegt, der zeigt, wie die Entwicklung der nächsten fünf Jahre aussieht.

Thomas Fässler:

Der Finanzplan zeigt, in welcher schwieriger Situation wir uns befinden. Bereits auf Seite 2 zeigt die Kurve der relativen Steuerkraft stark nach unten, knapp bei der Steuerkraftzuschussgrenze, weit entfernt vom kantonalen Mittel. Die Grafik des Cashflows und der Nettoinvestitionen auf Seite 4 zeigt, dass die Prognosen dieses Finanzplanes so nicht eintreffen können. Nettoinvestitionen von unter einer Million Franken ist für eine Stadt wie

Adliswil schlicht nicht realistisch. Für mich heisst dies, dass zwingend noch weitere Ausgaben auf uns zukommen werden. In vergangenen Jahren hat dies im Finanzplan zwar ähnlich ausgesehen, was eine Grundsatzfrage aufwirft, jedoch war die Jongliermasse von Projekten, die allenfalls nicht realisiert werden, um einiges grösser als im vorliegenden Finanzplan. Die Investitionssumme der Kollonnen 2012 und 2013 ergibt den riesigen Betrag von 85 Mio. Franken. Es scheint auch, dass bei einigen Ressorts die Planung bereits im Budget 2008 aufhört. Positiv erachten wir, dass die nötige Erweiterung des Schulhauses Kopfholz mit immerhin 6,3 Mio. Franken eingestellt ist. Leider fällt auch auf, dass weiteres Tafelsilber herausgegeben wird. Die CVP erachtet den Verkauf von Liegenschaften, die nicht von der Stadtverwaltung genutzt werden, als sinnvoll. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, im Immobiliengeschäft mitzumischen. Mit dem Wunsch eines Finanzplanes, der alles Wahrscheinliche und nicht nur das Sichere enthält, bedanke ich mich beim Stadtrat und der Verwaltung für das ausführliche Dokument.

Robert Wälle:

Die EVP-/FDP-Fraktion hat festgestellt, dass der Finanzplan mit sehr vielen Unsicherheiten versehen ist. So bestehen grosse Unklarheiten, wie der Geldfluss in den kommenden Jahren erfolgen wird. Zusätzlich werden grössere geplante Investitionsobjekte den Finanzplan belasten, ich denke an die Begehrlichkeiten unserer Schule oder an die überdurchschnittlichen Ausgaben im Sozialen. Die finanzielle Ausgangslage der Stadt Adliswil - ich verweise auf die Rechnung 2007 und das Budget 2008 - ist heute weniger optimistisch und die Prognose verspricht keine Besserung. So besteht in der laufenden Rechnung 2006 - 2010 ein Einnahmenposten, der auf Grund der aktuellen Finanzlage schwer nachvollziehbar ist (ich verweise auf den Posten Steuerauscheidungen). Könnte dieser Ertragsposten in den Jahren 2006 - 2010 allenfalls fehlen? Die EVP-/FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass sich bei einem ständig negativen Rechnungsverlauf das Vermögen reduzieren wird, und zwar um ca. 300 %, das ist mehr als das Dreifache. Die fehlenden Mittel zusätzlich mit erhöhten Steuern wieder einzutreiben, steht bei unserer Fraktion nicht zur Diskussion. Sollte der Stadtrat planen, den Rückgang des Nettovermögens mit Steuern aufzuhalten, sind die politischen Grenzen der Staatsverschuldung miteinzubeziehen. Die Staatsverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger nimmt zu und Steuervorlagen werden abgelehnt. Initiativen und Vorstösse zur Reduktion der Steuern werden vom Souverän, wenn auch knapp, gutgeheissen (Beispiel Abschaffung der Handänderungssteuer). Der Stadtrat tut gut daran, diese Signale ernst zu nehmen und nicht nur mit erhöhten Steuern zu versuchen, die anstehende Verschuldung zu verhindern. Unser Finanzhaushalt soll zusätzlich mit Kürzungen im Budget und dem Abbau von nicht lebensnotwendigen Leistungen, unterstützt mit einer signifikanten Ausgabenbremse, die mittel- und langfristigen Mittel sichern, die für die geplanten Investitionen notwendig sind.

Es darf nicht sein, dass der Staat gezwungen wird, das weitere Ausgabenwachstum nur oder zusätzlich über den Kreditmarkt zu finanzieren. Die Grenzen dieser Art von Finanzierung sind aufgezeigt und volkswirtschaftlich sehr umstritten. Solche, zu einem immer grösser werdenden Teil durch staatlichen Konsum entstehenden Ausgaben wie Bürokratie, Freizeitangebote, Beraterhonorare, Sozialleistungen und Zinsendienst sind zwar politisch angenehme Verhaltensweisen, können aber langfristig sehr gefährlich werden, weil dadurch die Verteilungskonflikte über den kurzfristig und politisch einfacheren Weg der Staatsverschuldung zu Lasten der heutigen Steuerzahler und der kommenden Generation gelöst werden. Eine weitere Verschuldung würde eine zusätzliche jährliche Zinsbelas-

tung verursachen. Die erhöhte Zinslast würde unseren Finanzhaushalt massgeblich belasten. Die Stadt Adliswil war bis zirka 2005 nur dank einer damals hohe Eigenkapitalbasis und der tiefen Zinssätzen in der komfortablen Situation, dass die Zinsbelastung von zwölf auf vier Steuerprocente reduziert werden konnte. Bei der Prognose für die kommenden Jahre trifft dies nicht zu.

Der Stadtrat betrachtet den Finanzplan als wichtiges Führungsinstrument. Wir würden es sehr begrüssen, wenn er in den nächsten Jahren dieses Instrument vermehrt restriktiv anwenden würde.

Detailberatung

Seiten 1 – 7 und 8 – 13: keine Bemerkungen

Seiten 14 – 40 und 41 - 54: keine Bemerkungen

55 - 68 (Anhang): keine Bemerkungen

Somit hat der Gemeinderat den Finanzplan 2007 – 20011 zur Kenntnis genommen.

4. Budget 2008 (SRB 325/07)

Anträge des Stadtrates auf Genehmigung des ordentlichen Budgets und der Globalbudgets 2008

Festsetzung des Gemeindesteuerfusses

Dieses Traktandum gilt auch als allgemeine Fragestunde.

Eintretensdebatte

Patrick Stutz, Präsident der RGPK:

Das Budget 2008 weist bei einem Aufwand von Fr. 139'563'000.-- und einem Ertrag von Fr. 135'940'200.-- einen Aufwandüberschuss von Fr. 3'623'000.-- auf, dessen Deckung aus dem Eigenkapital entnommen werden soll. Das Eigenkapital per Ende 2008 betrüge dann voraussichtlich noch rund 7,2 Mio. Franken, bzw. gemäss Finanzplan, wo man für das Jahr 2006 mit einem Erfolg von rund 6,1 Mio. Franken rechnet, betrüge es Ende 2008 15 Mio. Franken. Vergleicht man die Aufwendungen im Budget 2008 zu 2007, so fallen diese um zirka 2 Mio. Franken höher aus. Diese Steigerung fällt im Bereich Bildung, sprich Schule, und Soziales an. Sie ist primär auf die Aufgabenübertragung vom Kanton an die Gemeinden zurückzuführen. Die Erträge für 2008 sind etwa gleich hoch prognostiziert wie im 2007, und dies trotz der beantragten Steuerfusserhöhung von 11 % und den daraus zusätzlich resultierenden 4 Mio. Franken Steuereinnahmen. Man rechnet jedoch nochmals mit einem Rückgang der Einnahmen aus den ordentlichen Steuern, und anstelle von Mehreinnahmen von 4 Mio. Franken wird nur noch mit 2,4 Mio. Franken gerechnet. Es wird mit weiteren anderen höheren Steuereinnahmen gerechnet, wie zum Beispiel bei den aktiven Steuerauscheidungen. Dem gegenüber steht aber wegen der hohen Fremdfinanzierung - sie wird Ende 2008 etwa bei 125 Mio. Franken liegen - ein Anstieg der Zinsen um rund Fr. 400'000.-- auf 2,8 Mio. Franken, und auch die Abschreibungen 2008 sind aufgrund der hohen Investitionen der letzten Jahre mit über 7,6 Mio. Franken immer noch sehr hoch. Zinsen und Abschreibungen betragen 2008 rund 20 Steuerprozent.

Weitere wesentliche Punkte im Budget 2008 sind der bereits eingeflossene Gewinn aus dem Verkauf der Gaswerke mit rund 2,5 Mio. Franken und die Streichung der Gemeindegzuschüsse mit einer Aufwandreduktion von rund Fr. 600'000.--. Beide Geschäfte werden dem Gemeinderat noch separat vorgelegt. Im Ressort Soziales ist im Budget das Kinderhaus Werd zum ersten Mal als kostenneutraler Betrieb mit einer Subjektfinanzierung aufgeführt. Das bedeutet, dass Eltern mit tieferen Einkommen Subventionen erhalten und diese Kosten für die Stadt Adliswil separat in einem Konto ersichtlich sind. Im Weiteren wurden im Rahmen der Globalbudgets im Ressort Freizeit und Sport einzelne Konten zusammengezogen. Die RGPK erachtet dies nicht als Beitrag zur Förderung von Transparenz.

Zur Investitionsrechnung

Für 2008 sind Investitionen von Fr. 19'296'000.-- geplant. Davon entfallen 7,6 Mio. Franken auf Steuer finanzierte Investitionen und 11,7 Mio. Franken auf Gebühren finan-

zierte Investitionen. Bei den Steuer finanzierten Investitionen handelt es im wesentlichen um den Kindergarten Hofacker, den Beitrag an den Zweckverband für die Heilpädagogische Schule Horgen, die Sanierung des Lehrschwimmbeckens im Schulhaus Sonnenberg, die Unterhaltsarbeiten im Tiefbau die Beiträge an die Spitäler der Stadt Zürich und ans Sanitas sowie um weitere Investitionen im Entwicklungsgebiet Lebern-Dietlimoos. Bei den Gebühren finanzierten Investitionen sind es vor allem die Sanierung der ARA sowie weitere Vorinvestitionen im Entwicklungsgebiet Lebern-Dietlimoos. Für 2008 ist auch geplant, einzelne Wohnhäuser aus dem Verwaltungsvermögen herauszunehmen und zu verkaufen, um die Liquidität der Stadt Adliswil zu erhöhen. Somit wurde die Investitionsrechnung stark reduziert, auf das absolut Notwendige.

Die RGPK hat viele Fragen zu allen Ressorts gestellt, und sie dankt an dieser Stelle dem Stadtrat, der Schule und der ganzen Verwaltung für deren Beantwortung. Ein besonderer Dank gilt Stadtrat Walter Müller für das Gespräch in der RGPK zum Budget 2008. In der Lesung sind der RGPK die Sparbemühungen in vielen Bereichen ersichtlich gewesen.

Die RGPK kommt grossmehrheitlich zur Ansicht, dass sich die finanzielle Situation gegenüber dem Vorjahr nochmals verschlechtert hat. Wenn wir zum budgetierten Aufwandüberschuss von 3,6 Mio. Franken den noch nicht realisierten Gewinn aus dem Verkauf der Gaswerke von 2,5 Mio. Franken nicht berücksichtigen, ergibt dies einen Aufwandüberschuss von 6,1 Mio. Franken. Würde man außerdem den Betrag aus der geplanten Steuerfusserhöhung von 11 % nicht berücksichtigen, ergäbe dies fürs 2008 einen Aufwandüberschuss von mehr als 10 Mio. Franken. Dazu kommt noch ein schlechter Selbstfinanzierungsgrad und Cashflow, so dass die Fremdfinanzierung 2008 nochmals um rund 5 Mio. auf rund 125 Mio. ansteigen würde. Darüber hinaus kommt noch der grosse Nachholbedarf bei den Investitionen dazu, der sich in der rollenden Planung 2012/2013 auf rund 85 Mio. Franken beläuft. In den Jahren 2002 bis 2006 belaufen sich die Aufwandüberschüsse auf gesamthaft fast 40 Mio. Franken. Im Finanzplan sind neben 2008 auch für die kommenden vier Jahre weitere Aufwandüberschüsse bereits ausgewiesen. Ob dann aber die geplanten Steuereinnahmen aufgrund der Neuzuzüger und dem erhöhten Steuerfuss auch wirklich eingehen, kann nicht garantiert werden.

Die Stadt Adliswil läuft in allen finanziellen Bereichen an der Grenze bzw. nach Ansicht der Grossmehrheit der RGPK sind die Grenzen überschritten. Es droht eine Bevormundung durch den Kanton. Entsprechende erste Botschaften sind bereits über den Bezirksrat eingetroffen. In dessen Schreiben wird die Stadt Adliswil auf ausgeglichene Finanzen hingewiesen. Jetzt haben wir noch die Möglichkeit, selber zu entscheiden, was wir machen möchten. Die RGPK ist grossmehrheitlich der Ansicht, dass wir alle gemeinsam etwas tun müssen, um die Stadt Adliswil finanziell ins Lot zu bringen. Daher stellt sie dem Rat grossmehrheitlich **folgenden Antrag:**

- Rückweisung des Geschäfts No. 325 Festsetzung des Budget 2008 (inkl. Globalbudget)
- Reduktion der Aufwendungen um 5 Mio. Franken (Basis Budget 2008) innerhalb der nächsten zwei Jahre (2008: 2 Mio. Franken, 2009: 3 Mio. Franken) von der ganzen Stadtverwaltung und der Schule Adliswil
- Der Stadtrat und die Schule werden beauftragt, einen entsprechenden Massnahmenkatalog, wie sie die Reduktion der Aufwendungen erreichen möchte, zu erarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.

Eine Steuerfusserhöhung alleine bringt kein ausgeglichenes Budget. Im Antrag wurde bewusst das Wort „Aufwendungen“ und nicht „Ausgaben“ verwendet. Die Reduktion der Aufwendungen kann auch mittels Erhöhung durch Kostendeckungsgrade, Betriebsoptimierungen etc. erfolgen. Es ist klar, dass eine Reduktion von 5 Mio. Franken nicht innerhalb eines Jahres erreicht werden kann, daher die Aufteilung auf die Jahre 2008 und 2009. Die 5 Mio. Franken werden aufgrund des Finanzplanes 2007 - 2011 beantragt. Sie entsprechen in etwa dem Aufwandüberschuss von 2009. Aus unserer Sicht ist es ein Muss, auf 2009 ein ausgeglichenes Budget zu erzielen. Die 5 Mio. Franken entsprechen auch zirka der Hälfte der Ausgaben pro Einwohnerin/Einwohner (Fr. 600.--), die Adliswil jährlich mehr ausgibt als der Durchschnitt der Zürcher Parlamentsgemeinden.

Der RGPK ist sich bewusst, dass die Stadt Adliswil gegenüber der Bevölkerung verpflichtet ist, Leistungen zu erbringen. Die Bevölkerung hat aber auch das Recht, dass sich die Stadt Adliswil nicht überschuldet, sondern finanziell gut dasteht. Die politische Verantwortung liegt bei der Exekutive und der Legislative. Wir müssen jetzt handeln und nicht erst, wenn es zu spät ist. Mit dem Rückweisungsantrag möchte die Mehrheit der RGPK, dass differenziert Leistungen und Beschlüsse hinterfragt werden. Wir möchten keine „Hüftschüsse“ und keine Kürzungen in den einzelnen Ressorts im Rat beantragen. Konstruktiv und der politischen Verantwortung bewusst ist die Exekutive und Legislative gefordert, einen entsprechenden Massnahmenkatalog zu erarbeiten, der auch zeigt, welches die Konsequenzen sind. Die RGPK schlägt dem Gemeinderat vor, eine entsprechende Arbeitsgruppe aus dem Rat zu bilden, um mit dem Stadtrat und der Schule den Massnahmenkatalog zu erarbeiten.

Ruedi Stieger, Präsident der Sachkommission 1:

Ich beschränke mich auf die Beurteilung der Leistungsziele und Indikatoren. Sie sind als Steuerungselemente für die Globalbudgets 2008 wie folgt verändert worden:

Produktgruppe Sozialberatung

Der Refinanzierungsgrad ist schon für das Budget 2007 von 73 auf 70 % gesenkt worden. Im Jahresabschluss 2006 ist er dann auf 65 % gesunken, was mit der restriktiveren Haltung der IV begründet wird. Für das Budget 2008 ist die Refinanzierungsquote neu auf realistische 66 % festgelegt. Die Betroffenen selber beurteilen das Ziel als erreichbar. Die Sachkommission begrüsst, dass das Leistungsziel „Verbesserung der beruflichen und sozialen Reintegration durch Beratung und Unterstützung der Hilfesuchenden zur Förderung der persönlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit“ nach wie vor mit einer Vielzahl von Angeboten kreativ und oft erfolgreich verfolgt wird.

Produktgruppe Einwohnerkontakte

Die beiden Produktgruppen Einwohnerwesen und Zivilstandswesen sind aus Effizienzgründen konsolidiert worden. Dabei ist das Leistungsziel Datenverfügbarkeit mit einer neuen Messgrösse erweitert worden. Ein durch Abgang induzierter Versuch mit weniger Personal auszukommen, hat wegen zu grosser Leistungseinbussen abgebrochen werden müssen.

Neu ist eine Produktgruppe „Kulturelles“ von der Sachkommission 1 zu betreuen. Aufgabenschwerpunkte sind: Begleitung, Betreuung und Organisation der Veranstaltungen der Arbeitsgruppe Kultur, Organisation von städtischen Anlässen (Bundesfeier, Neujahrsapéro etc.), Bearbeitung von Gesuchen (Veranstaltungsbeiträge, jährliche Beiträge),

Vereinsbetreuung sowie Koordination der Angebote, Zusammenarbeit mit der Kulturschachtle. Für's Erste sind rein quantitative Ziele festgelegt worden.

Die unveränderten Leistungsziele und Indikatoren als Steuerungselemente für die Globalbudgets 2008 und die eben geschilderten Neuerungen sind von Ihnen verabschiedet worden. Sie haben sich als praxistauglich und aussagekräftig erwiesen. Die Sachkommission 1 teilt diese Einschätzung. Für die freundliche und bereitwillige Zusammenarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Produktgruppen bedanken wir uns herzlich. Die Sachkommission 1 beantragt einstimmig Zustimmung zu den Globalbudgets 2008 der Einwohnerkontakte, der Sozialberatung und der neuen Produktgruppe Kulturelles.

Thomas Iseli, Präsident der Sachkommission 2:

Die Sachkommission 2 hat festgestellt, dass die Tendenz zu vermehrter Zusammenarbeit und Nutzung von Synergien befolgt wird. Man konzentriert sich auf das Wesentliche und versucht einiges um die Stadtkasse weniger stark zu belasten. Beim genaueren Hinterfragen merkt man, dass sich einige Verantwortliche der Tragweite ihrer Ausgaben bewusst sind, und dass sie sich überlegt haben, was wirklich nötig ist. Das Budget in unseren Bereichen ist vor allem geprägt von den Vorinvestitionen im Gebiet Sunnau, Lebern-Dietlimoos und den daraus folgenden Abschreibungen.

Forst (FO 1)

Der Forst setzt die Problempunkte aus der Gefahrenkarte um. Diese Hauptaufgabe erfüllt er bestens, und deshalb sind wir bei den massiven Niederschlägen im vergangenen August mit einem blauen Auge davon gekommen. Die Ergänzung mit Mitarbeitenden aus dem Bereich PSG und die Zusammenarbeit mit dem Tiefbau klappt sehr gut und kann als vorbildlich bezeichnet werden. Dazu werden neu zwei Lehrlinge ausgebildet, was wir sehr begrüßen. Der Punkt Nachhaltigkeit wird gelebt und auch bei den Investitionen umgesetzt.

Gasversorgung (GW 2)

Die Gasversorgung bereitet und bereitet uns weiter Kopfzerbrechen, denn der Verkauf ist im Jahre 2008 budgetiert und soll der Stadtkasse rund 2,5 Mio. Franken einbringen. Wenn also der Verkauf im kommenden Jahr nicht gelingt, sieht das Resultat um diesen hohen Betrag schlechter aus. Der Zeitplan ist sehr straff und bedarf daher einer gut eingespielten und funktionierenden Projektleitung, wenn das gesetzte Ziel erreicht werden soll. Dabei gilt es nochmals hervorzuheben, dass sowohl der Verkaufspreis und der Spezialfinanzierungsfonds das Resultat positiv beeinflussen werden, aber die Saldierung der bisher aktivierten Teile des "Gaswerkes" (a. o. Abschreibungen) wird unsere Rechnung negativ beeinflussen. Diese Zahlen sind mit einer grossen Unbekannten im Budget abgebildet. Dies bewirkt bei uns ein grosses Unbehagen, und wir hätten gerne fundiertere Auskünfte, vielleicht sogar eine gesonderte Rechnung, erhalten.

Wasserversorgung (GW 1)

Die Versorgungssicherheit steht an erster Stelle und ist ein ganz wichtiger "service public". Es wurde uns versichert, dass die Wasserversorgung nicht verkauft wird. Aber es wird ein starker Partner gesucht. Ein Partner, der eventuell die Gasversorgung übernimmt und sowohl für die Gas- als auch die Wasserversorgung die ganze Wartung und den Unterhalt sicherstellen kann.

Park-, Sport-, Grünanlagen (PSG 1)

Das Ressort Park-, Sport- und Grünanlagen sorgte stets für die gepflegten Gärten, Parks, Strassenränder und noch vieles mehr, an dem wir uns erfreuen konnten. Im Zuge der Sparmassnahmen wird dies im nächsten Jahr sicherlich nicht mehr so sein, denn hier hat man alles ausgereizt und daher wird einiges fallen gelassen. Grundsätzlich schade, aber ein wichtiges Zeichen in der heutigen Zeit.

Unterhalt Tiefbau (UT 1)

Das Ressort Tiefbau ist vornehmlich für unsere Strassen zuständig. Diese sollen jederzeit gefahrlos befahrbar sein. Auch nach einem Schneefall soll die Sicherheit nach einer vernünftigen Zeit wieder intakt sein. Diese Anliegen bleiben weiterhin unangetastet. Natürlich ist es auch hier wichtig, dass die Ansprüche nicht zu hoch sind und wirklich nur das Notwendige gemacht wird. Hier muss - wo immer möglich - der Gürtel noch wesentlich enger geschnallt werden.

Generell können wir sagen, dass unsere Bereiche die Zeichen der Zeit erkannt haben und sich über die Tragweite der Finanzlage bewusst sind. Wie erwähnt, haben wir in Bezug auf den Verkauf der Gasversorgung eine gesonderte Rechnung erwartet, welche die Wichtigkeit - und bei einem Nichtverkauf die gravierenden Auswirkungen für das Budget 2008 - aufgezeigt hätte. Schliesslich wird nicht jedes Jahr ein solcher Entscheid gefällt, welcher dann sogar noch vors Volk kommt und von diesem auch getragen werden muss. Bis auf diesen Punkt sind wir mit den Bereichen zufrieden. Die Konzentration auf das Wichtige und die verstärkte Zusammenarbeit im Sinne der Synergienutzung und zum Wohle unseres Gemeindehaushaltes freut uns.

Hans-Peter Nyffeler, Präsident der Sachkommission 3:

Die Sachkommission 3 stimmt grossmehrheitlich dem Antrag der RGPK zu. Selbstverständlich dürfen die Fehler für die aktuelle finanzielle Situation nicht nur beim Stadtrat gesucht werden, sondern vor allem wir im Gemeinderat hätten unbedingt auf die Ausgabenbremse treten sollen. Statt dessen haben wir beinahe allen vom Stadtrat und der Schulpflege vorgeschlagenen Krediten zugestimmt, so z. B. den Projektierungskrediten von 1 Mio. Franken für die Projektierung Adliswil Ost, einem neuen Feuerwehrgebäude, der Renovation des Hallenbad oder der Erneuerung des Schwimmbades. Teilweise haben wir die bereits feudalen Projekte - wie die Erneuerung des Schwimmbades - mit Anträgen aus dem Gemeinderat noch zusätzlich verteuert. Hier haben wir einschneidende Fehler begangen, die der Stadtrat mit entsprechenden Sparmassnahmen und Leistungsabbau und eventuellem Personalabbau nun korrigieren muss, um wieder eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen.

Die Sachkommission 3 hat die Globalbudgets 2008 der bisherigen Abteilungen Stadtpolizei und PEPPERMIND und der neuen Abteilungen Bibliothek, Freizeit und Sport geprüft.

Bei den Verantwortlichen der Stadtpolizei wurden wir ausführlich über die budgetierten Indikatoren informiert. Einmal mehr konnten wir feststellen, dass diese Abteilung das Paradebeispiel ist, wie NPM hervorragend funktionieren kann. Auch konnte in dieser Abteilung eine kontinuierliche Budgetkonstanz erarbeitet und jeweils auch eingehalten werden. Das Globalbudget 2008 beträgt Fr. 812'900.--, d. h. Fr. 3'300.-- weniger als letztes Jahr. Die Verantwortlichen haben uns aber darauf aufmerksam gemacht, dass weite-

re Budgetreduzierungen nur noch mit der Reduzierung des Personalbestandes möglich wären. Im diesem Kontext ist zu erwähnen, dass unsere Nachbargemeinde Langnau keine Polizei hat. Wir bitten den Stadtrat auch in dieser Abteilung eine Kostenüberprüfung vorzunehmen und den aktuellen Personalbestand zu überprüfen.

Beim Ressort Jugend, Freizeit und Sport wurden wir von den Verantwortlichen über die vier Abteilungen Jugendarbeit, Bibliothek, Freizeit und Sport hervorragend über die Produkte, Teilprodukte, Leistungsziele sowie über den Stellenetat der Abteilungen und über den Aufwand der administrativen Leitung informiert. Vielen Dank für die intensiven Vorbereitungsarbeiten. Das Globalbudget dieses Ressort beträgt Fr. 2'958'600.--, 2007 waren es Fr. 2'955'700.--, also für das Jahr 2008 Fr. 2'900.-- mehr. Wir sind überzeugt, dass in diesem Ressort noch Sparmassnahmen möglich sind. Leider ist der Spargedanke in diesem Ressort noch nicht à jour, die dramatische Finanzlage der Stadt Adliswil ist noch nicht erkannt. So ist es auch verwunderlich, wenn der verantwortliche Stadtrat sagt: „Es gibt andere Ressorts, wo noch mehr potenzielle Möglichkeiten zum Sparen bestehen“. Auch in diesem Ressort bitten wir den Stadtrat, eine Kostenüberprüfung in allen vier Abteilungen mit Globalbudget vorzunehmen und den jeweiligen Personalbestand pro Abteilung zu überprüfen.

Die Sachkommission 3 wird grossmehrheitlich die Anträge der RGPK unterstützen:

- Rückweisung vom Geschäft No. 325 Festsetzung des Budgets 2008 (inkl. Globalbudget) und vom Geschäft No. 305 Stellenbudget 2008
- Reduktion der Aufwendungen um 5 Mio. Franken (Basis Budget 2008) innerhalb der nächsten zwei Jahren (2008: 2 Mio. Franken/2009: 3 Mio. Franken) von der ganzen Stadtverwaltung und der Schule Adliswil
- Der Stadtrat und die Schule werden beauftragt, einen entsprechenden Massnahmenkatalog, wie sie die Reduktion der Aufwendungen erreichen möchte, zu erarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.

Stadtrat Heinz Spälti:

Wir haben es gehört: Rückweisung des Budgets. Dies hätte unmittelbare Auswirkungen auf das Personal, z. B. kann die Lohnzulage nicht realisiert werden, bis das Budget genehmigt ist. Das Personal hat aber die Wertschätzung verdient, indem man bezüglich Lohn endlich wieder einmal ein Zeichen setzen kann. Gemäss Antrag will die RGPK im 2008 2 Mio. Franken einsparen und im 2009 3 Mio. Franken. Sind die Auswirkungen auch diskutiert worden, und hat man die Konsequenzen bedenkt? Es gilt zu wissen, dass mit der Rückweisung bereits Kosten verursacht werden, so z. B. mit den laufenden Stelleninseraten für die Vakanz bei der Liegenschaftenverwaltung der Schule. Die Stellenbesetzung kann nicht erfolgen, man wird das wieder von vorne angehen müssen und die Inserate waren umsonst. Wir haben auch in der Stadtverwaltung für vakante Stellen bereits Inserate aufgegeben oder es haben bereits Besprechungen stattgefunden, die nun nicht weiter verfolgt werden können. Insgesamt rechnen wir mit rund Fr. 50'000.--, die es im Zusammenhang mit der Budgetrückweisung geben würde. Wir machen uns aber keine Illusionen - es sieht so aus, dass das Budget zurück gewiesen wird. Ich erinnere nochmals an die Spielregeln: Der Stadtrat unterbreitet einen Budgetvorschlag, der Gemeinderat hat in der Vergangenheit das Budget entgegen genommen. Damit hat er dem Stadtrat einen Auftrag erteilt, und der Stadtrat führt diesen Auftrag aus. Die Budgetverantwortung liegt also sowohl beim Gemeinderat als auch beim Stadtrat. Wird das

Budget zurückgewiesen, zeigt der Stadtrat auf, welche Möglichkeiten grundsätzlich bestehen. Wir werden nicht einen fertigen Vorschlag präsentieren wie dieses Budget, sondern wir erarbeiten einen Massnahmenkatalog, stellen diesen der RGPK zu und stehen für Fragen zur Verfügung. Der Gemeinderat entscheidet dann, was er streichen will und was nicht, und er trägt dazu letztlich die Verantwortung.

Das vom Stadtrat vorgelegte Budget zeigt auf, wie wir den Weg aus der schlechten Finanzlage finden.

Zum Sparauftrag: Die Sachkommissionen müssen - wenn das Budget zurückgewiesen wird - die Leistungen, die sie gutgeheissen haben, überprüfen und entscheiden, ob sie diese Leistungen noch wollen oder nicht. Wenn gewisse Leistungen nicht mehr erbracht werden sollen, müssen das die Sachkommissionen bestimmen. Ganz generell stellt sich die Frage: Was kann der Gemeinderat oder auch der Stadtrat bewirken, welcher Spielraum ist vorhanden? Im Budget figuriert der gesamte Aufwand mit 140 Mio. Franken. Wenn man die Beträge der Abteilungen mit Spezialfinanzierungen abzieht, die gebundenen, nicht beeinflussbaren Ausgaben abzieht, dann bleiben nur noch 30 Mio. Franken übrig, an denen Änderungen möglich sind. Von diesen 30 Mio. Franken sind gut 24 Mio. Franken Lohnkosten, ohne Lehrerbesoldungen und Sozialleistungen. Wenn Sie nun 2 Mio. Franken im 2008 und 3 Mio. Franken im 2009 einsparen wollen, müssen Sie wissen, dass 5/6 des Betrages, an dem überhaupt Änderungen möglich sind, Lohnkosten und Lohnnebenkosten sind. 2 Mio. Franken ergeben ungefähr 20 Stellen. Wenn Sie das Budget zurückweisen und wir einen Massnahmenkatalog vorlegen, über den Sie dann entscheiden und erst dann können die Massnahmen umgesetzt werden, dann können Sie sich vorstellen, dass es bis Mitte 2008 dauert. Dann haben wir noch drei Monate Kündigungsfrist. Mit anderen Worten: man müsste die 2 Mio. Franken in einem halben Jahr sparen, das heisst, man müsste nicht 20 Stellen, sondern 40 Stellen einsparen. Im 2009 wären es dann 30 Stellen. Sie sehen, Sie kommen um einen massiven Stellenabbau nicht herum, wenn Sie den RGPK-Antrag genehmigen. Alles andere ist eine Illusion. Sie können sagen: 1/6 ist ja Sachaufwand. Dem gegenüber stehen aber auch Einnahmen-Ausfälle, z. B. wenn Sie das Altersheim teilweise schliessen, können Sie vielleicht 20 Stellen einsparen, aber Sie haben auch entsprechend weniger Erträge, weil gewisse Abteilungen nicht mehr betrieben werden können. Sie können es drehen, wie Sie wollen: es hat immer mit Stellenabbau und Ertragsausfällen zu tun und letztlich wieder mit Mehrkosten, um das zu installieren, was gestrichen wurde. Bitte vergessen Sie all dies nicht.

Stadtrat Walter Müller:

Das Budget 2008, das einen Aufwandüberschuss von 3,623 Mio. Franken und eine Steuerfusserhöhung von 11 % auf 115 % veranschlagt, war kein einfacher Entscheid für den Stadtrat. Der erzielte Verkaufspreis des Baulandes im Wilacker wird das Ergebnis 2007 wesentlich verbessern, und wahrscheinlich wird der Verkauf der Gasversorgung, der auch vorsichtig budgetiert wurde, das Ergebnis 2008 verbessern. Der Stadtrat hat aber auch mit grossen Sparanstrengungen bereits im 2007 und auch im 2008 Massnahmen vorgesehen. Beispiele sind: Streichung der Gemeindegzuschüsse in der Höhe von Fr. 650'000.--, Veräusserung von Grundstücken für rund Fr. 600'000.--, Ressourceneinsatz und Personalstruktur-Optimierungen im Bereich Tiefbau von rund Fr. 200'000.--, Festanstellungen mit Personen aus dem Beschäftigungsprogramm erge-

ben rund Fr. 100'000.--, die Ausgaben im Sachaufwand wurden entsprechen dem Stand von 2007 plafoniert - das sind rund Fr. 540'000.--, die Erhöhung der Kostendeckungsgrade bei Alterseinrichtungen oder Wolfhaus beträgt rund Fr. 50'000.--, Reduktion des Nettoaufwandes beim PSG um Fr. 100'000.--.

Wenn Sie heute eine Budgetrückweisung beschliessen, bezwecken Sie damit, den Aufwandüberschuss zu reduzieren, um eine allfällige Steuerfusserhöhung nicht so massiv beschliessen zu müssen. Ich meine, auch Sie müssen jetzt Verantwortung übernehmen, und zwar in dem Sinne, dass Sie sagen, wo gespart werden muss. Einfach nur beschliessen, dass ein sehr strapaziertes Budget um zwei Mio. gekürzt werden muss, ist eine einfache Sache. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem vorliegenden Budget zuzustimmen.

Schulpräsidentin Rita Rapold:

„Arm und elend sind wir, wenn wir jetzt auch noch dumm werden, können wir aufhören, ein Staat zu sein“.

Dies ist ein Zitat von König Christian VIII., als Dänemark nach dem Krieg mit England den Staatsbankrott erklären musste. Damals wurden die Ausgaben für Kultur und Bildung erhöht.

Die Schule hat ausgespart. Ich werde sie nicht mit einer Litanei von Zahlen belästigen. Tatsache jedoch ist, dass der Schule seit 2005 bis und mit 2008 durch übergeordnete Beschlüsse ein erzwungener Mehraufwand von Fr. 4'063'400.-- übertragen wurden. Die Schule spart nicht erst seit dem Budget 2008. Trotz dieser ausserordentlichen Belastung durch Kostenabwälzungen und den gesetzlichen Veränderungen durch das neue Volksschulgesetz hat die Schule ihre Sparauflagen jedes Jahr erfüllt und die höheren Kosten teilweise sogar kompensiert. In den letzten vier Jahren wurden der Schule Mehrkosten von über 4 Mio. Franken übertragen, in der gleichen Zeit hat die Schule das Budget nur um 1,85 Mio. Franken erhöht. Sie hat also 2,2 Mio. Franken kompensiert oder eingespart, dieses Jahr. 80 % des Schulbudgets sind durch die Schulpflege nicht beeinflussbare Ausgaben. Bei den restlichen 20 % (6 Mio. Franken) ist noch ein gewisser Ermessensspielraum gegeben, alles kann aber nicht gestrichen werden.

Wenn ein Gemeinderat - wie in der Presse gelesen - der Schule den Sparwillen abspricht, dann hat er die Zahlen der Schule nicht studiert. Auch die Äusserung der reformierten Kirchenpräsidentin in der Presse, dass der Kanton der Schule die Lehrerlöhne bezahle, entspricht absolut nicht der Realität. Der Kanton beteiligt sich im 2008 neu mit 20,2 % an der Besoldung, 1,4 % weniger als noch im 2007, was wiederum Mehrkosten von 155'000 Franken ausmacht. Es steht auch die Behauptung im Raum, die Schule dränge sich bei kantonalen Versuchen vor. Dem ist nicht so – das Projekt 21 war der letzte freiwillige, länger dauernde Versuch, an dem die Schule vor zehn Jahren teilgenommen hat. Dort hat die Schule in grossem Masse vom Sponsoring der Wirtschaft profitiert, ein ganzes Schulhaus wurde mit MACs ausgerüstet; die Ausbildung der Lehrpersonen wurde vom Kanton bezahlt. Alle Neuerungen, an denen die Schule heute arbeitet, beruhen auf dem neuen Volksschulgesetz; der zeitliche Ablauf wird durch den Kanton bestimmt. Der Vorschlag, man könnte den Kindergärtnerinnen weniger Lohn bezahlen, zeigt auch, wie wenig gesetzliche Vorschriften bekannt sind. Bei solchen Behauptungen und Äusserungen frage ich mich schon, wie viel Interesse und Wissen über das Schulwesen vorhanden ist. Ich hoffe immer noch, dass Sie heute das vorliegende Budget nicht zurückweisen.

Die von der RGPK geforderten Sparmassnahmen sind unrealistisch und von der Schule nicht erfüllbar, ausser es werden wesentliche Leistungen abgebaut. Äusserungen von Parlamentariern „Man kann, wenn man will“ kann ich nicht akzeptieren. Werden Sie konkret – sagen Sie, welche Leistungen die Schule abbauen soll. Vergessen Sie dabei die gesetzlichen Vorschriften nicht, und übernehmen Sie die Verantwortung. Die Rückweisung und die daraus folgende Überarbeitung des Budgets ist mit einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand verbunden, was vor allem bei bereits überlasteten Abteilungen bedeutende Mehrstunden verursacht. (z. B. rückwirkende Auszahlung der Teuerung an das Personal). Ganz abgesehen davon, was an Wertschätzung gegenüber dem Personal verloren geht. Gerade wir, die wir nun strategisch arbeiten, sind angewiesen, dass der operative Teil von motiviertem, einsatzfreudigem Personal geleistet wird. Dieses Personal haben wir in unserer Verwaltung und diesem gebührt die entsprechende Wertschätzung.

Sollte die Schule das Budget tatsächlich überarbeiten müssen, müssten wir als erstes die soeben vom Kanton beschlossenen Ausgaben einstellen. Das sind zusätzlich 600'000 Franken, die erneut auf uns abgewälzt werden. (300'000 aus den neuen Finanzausgleich und 300'000 Lohnmassnahmen).

Mehr Steuern zahlt niemand gerne. Aber um aus der Misere zu kommen, müssen wir dies nun leider tun. Eine attraktive Stadt Adliswil, denke ich, ist unser gemeinsames Ziel. Die Schule wird, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, wie immer das Beste dazu beitragen.

Kurt Frei:

Das Budget 2008 zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass die vorhandenen Aufwanderhöhungen einerseits durch Kapitalfolgekosten, Beitragskürzungen von Bund und Kanton und Erhöhung von nicht beeinflussbaren Aufwendungen verursacht werden, andererseits durch weiterhin tiefe Steuererträge. Die relative Steuerkraft von Adliswil liegt im Jahr 2006 mit 2'410 Franken auf 82 % des kantonalen Mittelwertes. Demgegenüber steht ein Verlust vor ausserordentlichen Aufwänden und Erträgen von 6,1 Mio. Franken. Daraus kann gefolgert werden, dass weitere Einsparungen in enormen unrealistischer Grösse sein müssten, resp. dass ohne Steuererhöhung keine ausgeglichene Rechnung erzielt werden kann. Natürlich sollen weitere Möglichkeiten zur Verbesserung des Haushaltes aufgezeigt werden, nur ist dies in kurzer Zeit nicht möglich. Eine Minderheit in der RGPK unterstützt deshalb die Rückweisung des Budgets 2008 nicht.

Franco Rossi:

So spart die Schule zum Beispiel an einem Essen, indem sie pro Person Fr. 158.-- ausgegeben hat. Dies beweisen kontrollierte Belege. Das ist ein Wohlfühlprogramm, das die Schule gerne macht und damit ihre Geisteshaltung zeigt.

Roger Neukom:

Leider zeigt der Finanzhaushalt der Stadt Adliswil kein erfreuliches Bild. Trotz einem vorgesehenen Steueranstieg um 11 % ist für 2008 immer noch ein Defizit 3,6 Mio. Franken budgetiert. Der FDP-/EVP-Fraktion kommt es vor, als ob der Stadtrat das Problem auf der Einnahmenseite statt auf der Aufgabenseite lösen will. Kantonale Vergleiche zeigen, dass Adliswil bei der Steuerkraft nicht zur Spitzengruppe gehört, wohl aber bei den Ausgaben. Offenbar will zwar jedes Stadtratsmitglied sparen, aber nicht in seinem Ressort.

Dies schliesen wir aus dem Verhalten einzelner Stadträte, die in den Sachkommissionen erklären, in ihrem Ressort könne überhaupt nicht mehr gespart werden.

Eine ganz schlechte Entwicklung sehen wir darin, dass der Stadtrat den Sparauftrag teilweise an die Verwaltung delegiert. Es kann und darf nicht sein, dass er den Sparauftrag über die Geschäftsleitung an die Verwaltung weiter gibt und damit nochmals ein bis zwei Millionen Franken einsparen will. Das Resultat ist praktisch gleich null, wenn wundert's, denn die Exekutive kann nicht die Verwaltung fragen, wo noch gespart werden könnte. Der Stadtrat muss dies selbst festlegen. Ansonsten müssen Anreize für die Leute der Verwaltung geschaffen werden, wenn sie Sparpotenzial entdecken oder ihre Aufgaben mit weniger Personal gleich effizient ausführen können. Wir müssen daher heute Abend von Leistungsabbau sprechen. Die FDP-/EVP-Fraktion ist sich bewusst, dass ohne Leistungsabbau keine Einsparungen in dem Ausmass, wie im Rückweisungsantrag der RGPK festgehalten, möglich sind. In den vergangenen Jahren haben wir beim Personal immer wieder aufgestockt, obwohl die Einwohnerstatistik in etwa immer gleich geblieben ist, wie folgende Daten belegen:

1997 = 15 506 Einwohner: 197,9 Stellen-Prozente

2002 = 15 896 Einwohner: 226 Stellen-Prozente

2007 = 15 769 Einwohner: 258 Stellen-Prozente

Eine Korrektur ist deshalb zwingend nötig. Am Samstag, 08.12.2007, habe ich im Stellenanzeiger gelesen, dass die Schule Adliswil einen Liegenschaftsverwalter 100 % sucht. Ich frage mich, wieso es zwingend ein Architekt ETH oder Fachhochschule-Abschluss sein muss, denn der Leiter Liegenschaften hat bereits diese Ausbildung. Wieso muss denn der eigentliche Liegenschaftsverwalter diese Ausbildung auch haben? Hat die Schule aus den Voten im Parlament der vergangenen anderthalb Jahre nichts gelernt? Ich lasse die Aussage der Schulpräsidentin nicht im Raum stehen, dass sich das Parlament mit der Schule zu wenig befasse. Leider stossen wir immer wieder auf taube Ohren. Ich sehe einfach nicht ein, weshalb die 1,8 Stellen der Liegenschaften mit Fachhochschul- oder ETH-Ausbildung besetzt sein müssen. Wieso können keine Synergien zwischen den beiden Liegenschaftenverwaltungen der Schule und der Stadt Adliswil genutzt werden? Man behauptet immer wieder, dies sei nicht möglich, und da muss ich sagen: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wir plädieren immer noch für eine Zusammenlegung der beiden Liegenschaftenverwaltungen, die heute zusammen 8,1 % Stellenprozente haben. Das müsste doch möglich sein, mit diesen personellen Besetzungen die Aufgaben der Schule und Stadt Adliswil in Bezug auf die Liegenschaften zu bewältigen. Dann muss sich die Schule auch Fragen gefallen lassen, weshalb in jedem Schulhaus ein teurer Farbkopierer stehen muss, weshalb die Schule Computer für Fr. 5'000.-- kauft (in meiner Firma kostet ein Computer höchstens Fr. 1'500.--) und weshalb die Adliswiler Schulausgaben pro Einwohner so massiv über dem Wert umliegender vergleichbarer Gemeinden (u. a. Bülach) liegen.

Grosse Handlungsspielräume sehen wir im Bereich Soziales. Auch hier nimmt Adliswil - ausgabenseitig - eine Spitzenposition ein. Im vergangenen Jahr haben wir gesehen, dass mit vernünftigen Vorstössen in der Sozialkommission doch einiges erreicht werden kann. Die Zeiten sind vorbei, wo wir einfach Geld über den Mindest-SKOS-Richtlinien auszahlen können. Wir müssen das gesetzliche Minimum ausgeben und Wünschbares von Nötigem trennen. Ebenfalls hinterfragen wir massiv die Stelle des „Leiters Altersfragen“. Dies hat die FDP-/EVP-Fraktion mit grosser Unterstützung der bürgerlichen Partei-

en bereits in ihrem Postulat gefordert. Leider sind wir beim Stadtrat auch hier noch nicht auf offene Ohren gestossen, obwohl dringend Handlungsbedarf besteht.

Ein trauriges Kapitel ist das Ressort Tiefbau. Die Verantwortung liegt bei der Ressortvorsteherin. Sie kann nicht den Gesamtstadtrat vorschieben, denn dieser beschliesst nur über die Anträge, welche das Ressort Tiefbau dem Stadtrat vorlegt. Wie soll dem Bürger die Steuererhöhung schmackhaft gemacht werden, wenn die Steuergelder für teure und unmögliche Verkehrsberuhigungsmassnahmen verschleudert werden. Für Massnahmen, die teilweise wieder entfernt werden müssen, weil der Verkehr an den Busshaltstellen nicht mehr flüssig gewährleistet ist. Oder für die Schikanen, welche zu viel eingekauft wurden und hinter dem Friedhof lagern. Was sich der Steuerzahler dabei denkt, ist dem Tiefbauamt offenbar Wurst. Nur so kann ich mir die Funkstille und Nichtbeantwortung diverser Anfragen aus der Bevölkerung erklären. Ein weiteres trauriges Kapitel dieses Ressorts ist die Sanierung der ARA. Zusammen mit einem anderen Ratsmitglied konnte ich mich vor Ort ins Bild setzen. Unglaublich, was wir gesehen haben: Mit neuen Büroeinrichtungen und Sitzungstischen mit Platz für über 15 Personen wurde richtig übertrieben. In der überdimensionierten Werkstatt könnten gut ein Dutzend Handwerker arbeiten; meines Wissens beschäftigen wir aber wesentlich weniger Personal in der ARA.

Dies sind nur einige Punkte, es gibt noch viele andere. Wir verzichten darauf, im Detail zu sagen, wo wir frankenmässig Sparpotenzial sehen. Wir unterstützen den Antrag der RGPK und werden das Budgets und dann auch den Stellenplanes zurückweisen. Falls der Stadtrat wünscht, werden wir in einer Arbeitsgruppe mitarbeiten.

Die Zeit ist gekommen, wo wir das Budget nicht wie früher zähneknirschend annehmen und beide Augen vor der Realität verschliessen. Heute gilt das Motto: "Zurück zum Absender". Dies ist nötig, insbesondere deshalb, weil der Stadtrat und die Verwaltung die Probleme auf der Ausgabenseite nicht im Griff haben. Neue Einnahmen generieren, kann nicht der Weg sein, um ein ausgeglichenes Budget zu erzielen. Daneben zweifeln wir auch den Einnahmeneffekt einer Steuererhöhung an. Wir gehen nämlich davon aus, dass die Steuereinnahmen durch diesen happigen Steueranstieg nicht im gewünschten Mass steigern werden. Denn gerade jene Personen, die dank ihrem hohen Einkommen die Steuererhöhung am meisten zu spüren bekommen, wären so wichtig für Adliswil. Und gerade solche Einwohnerinnen und Einwohner würden wir mit dem Steuerbeschluss viel schlechter in Adliswil halten, geschweige denn neue für uns gewinnen können.

Im Vorfeld dieser Budgetdebatte haben bereits einige Vertreter von bürgerlichen Parteien die Köpfe zusammen gesteckt und konkrete Sparvorschläge ausgearbeitet. Wie bereits erwähnt, werden wir heute Abend auf Details verzichten und möchten in einer Arbeitsgruppe – in der alle Parteien mitarbeiten können – unsere Gedanken einbringen mit dem Ziel, mehrheitsfähige Vorschläge zu finden und so künftig unseren Finanzhaushalt wieder im Griff zu haben. Die damit verbundene Arbeit sind wir den Steuerzahlenden schuldig.

Ich möchte aber auch festhalten, dass es in der Stadtverwaltung viele Mitarbeitende gibt, die ihren Job sehr motiviert und gut machen, und ich spreche diesen unseren Dank aus. Als sehr gutes Beispiel nenne ich das Ressort Hochbau. Ich habe in diesem Business zu tun und höre von vielen Architekten, dass in Adliswil der Bauherr wirklich als Kunde behandelt wird und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit geboten wird.

Max Stenz:

Es ist unsympathisch, zurückzuschauen und zu versuchen, Schuldige zu finden. Ich muss es aber trotzdem antönen: Wir haben lange einen Stadtpräsidenten gehabt - Thomas Heiniger -, der in seiner Funktion auch zugeschaut hat, wie wir jedes Jahr 5 Mio. Franken Defizit geschrieben haben. Aber es hätte auch dem Stadtrat auffallen müssen, in welche Richtung wir steuern. Darüber hinaus ist eine grosse Selbstkritik angebracht: der Gemeinderat hat ebenfalls zur desolaten Finanzlage beigetragen. Wir haben kostspieligen Anträgen immer wieder zugestimmt, zwar zähneknirschend, und das dürfen wir nicht mehr. Die Äusserungen von Stadtrat Heinz Spälti sind verständlich, aber schon wieder fast eine Rückweisung für eine Möglichkeit, auf das aktuelle Budget einzugreifen. Auch für das Votum der Schulpräsidentin habe ich Verständnis: Ich erinnere mich an unsere Abstimmung, wo wir 6 Mio. Franken genehmigt haben, auch wenn nur 5 Mio. budgetiert waren. Das sind Beträge, die wir einfach so bewilligt haben. Ich bin vom Baufach und weiss, dass es anders geht. Wir haben im Vorfeld eine kleine Gruppe gebildet, um zu beraten, was vernünftig ist. Unsere Absicht ist eine Arbeitsgruppe, wo jede Partei mit zwei Personen vertreten ist, die dann zusammen mit dem Stadtrat einen Massnahmenkatalog erarbeitet. Der Stadtrat hat dies bis jetzt nicht gemacht, und jetzt braucht es vielleicht harte Massnahmen, sprich Leistungsabbau. Es geht überhaupt nicht darum, unser geschätztes Personal der Stadtverwaltung zu unterdrücken oder die Lohnerhöhung zu streichen - die sollt ihr bekommen, vielleicht erst drei Monate später.

Die Freien Wähler werden die Budget-Rückweisung unterstützen. Ob der RGPK-Vorschlag zu erreichen ist, ist letztendlich nicht so wichtig. Vielmehr müssen wir alle miteinander herausfinden, wo sich unser System so sehr aufgebläht hat, dass wir so viel Personal notwendig haben. Wir sind bereit, daran zu arbeiten.

Clemens Ruckstuhl:

Ich beantrage einen Sitzungsunterbruch von einer Viertelstunde, damit wir uns über die neu gehörten Punkte in der Fraktion beraten können. Im Namen der CVP habe ich auch einen Alternativ-Antrag, den möchte ich auch den anderen Fraktionen zur Beratung übergeben.

Der Antrag von Clemens Ruckstuhl ist mit 19 : 14 Stimmen angenommen.

Fortsetzung der Ratssitzung

Clemens Ruckstuhl:

Einerseits sind unsere Ausgaben tatsächlich zu hoch. Niemand ist bereit, Sparmassnahmen konkret umzusetzen und vor allem einen Leistungsabbau zu beschliessen. Leistungsabbau heisst nämlich, unangenehme Entscheide fällen, vom Wunschdenken Abschied nehmen und sich auf das Nötigste begrenzen. Was ist denn los mit der Stadt Adliswil, warum haben wir Angst, diese Themen zu diskutieren? Haben alle das Gefühl, der andere soll sparen, respektive der andere soll abbauen, respektive ich will weniger Steuern bezahlen, ohne mich um die Konsequenzen zu kümmern? Wie können wir unsere Angestellten in der Stadtverwaltung zu guten Leistungen motivieren, ohne immer gleich mit der Lohntüte zu winken?

Und jetzt geht es an das Sparen oder eben an einen Leistungsabbau. Alle wollen den 5er und das Weggli, inkl. der Steuerzahler. Und schon beginnt das Spiel mit dem verteilen vom „Schwarzen Peter“: wer verkündet welche Massnahme, wer ist für was verantwortlich? Was ist überhaupt Leistungsabbau? Warum genau hier in diesem wichtigen Thema abbauen? Solange wir den Mut nicht haben, uns diesen Fragen zu stellen, kommen wir nicht in die Richtung einer gut organisierten Stadt. Wir brauchen gegenseitige Zugeständnisse und der unbedingte Wille, Lösungen zu suchen, die vom Steuerzahler und den Behörden getragen werden können. Vielleicht lassen Vergleiche mit anderen Gemeinden für die Zukunft etwas Hoffnung aufkommen:

- z. B. Opfikon-Glattbrugg, da bestehen ganz ähnliche Probleme, wie bei uns
- oder Wädenswil - die Stadt hat jetzt den Steuerfuss um 2 % auf 113 % gesenkt
- Richterswil, von 110 % auf 104 %
- Horgen, mit einem Steuerfuss von neu 90 %, profitiert von langjährigen Investitionen, die zugunsten einer attraktiven Wohngemeinde getätigt wurden;

Adliswil ist daran, attraktiv zu werden, und wir müssen heute Investitionen tätigen, damit wir in Zukunft profitieren können. An dieser Stelle ist wichtig zu erwähnen, was eine Steuererhöhung von 11 % für Adliswil bedeuten würde: 11 % -Punkte bedeuten nämlich nur 5,5 % mehr Steuerfranken auf der Steuerrechnung.

Aus diesen Gründen sind wir wie die RGPK für einen Antrag auf Rückweisung des Budgets 2008. Jedoch können wir die pauschalen Forderungen der RGPK nicht unterstützen. Vielmehr soll der Stadtrat realistische Beispiele für Leistungsabbau in verschiedenen Bereichen präsentieren, über die der Gemeinderat entscheiden muss. Grössere Einsparungen lassen sich nicht von heute auf morgen umsetzen, eine Auslagerung der Informatik, eine Schliessung des Hallenbades, oder die Abschaffung des Parlaments könnten erst in Hinsicht auf das Budget 2009 oder später ins Auge gefasst werden.

Ich stelle Ihnen den Antrag der CVP um Rückweisung des Budgets 2008 mit folgendem Auftrag an den Stadtrat:

Dem Gemeinderat sind realistische Vorschläge für Leistungsabbau und Sparmassnahmen in folgenden Bereichen zu unterbreiten:

- Konto 0 Grosser Gemeinderat und Informatik
- Konto 3 Tiefbau, ganzes Ressort
- Konto 4 Werke, ganzes Ressort
- Konto 5 Sicherheit, ganzes Ressort
- Konto 6, Gesundheit, Umwelt, ganzes Ressort
- Konto 7 Soziales, ganzes Ressort
- Konto 8, JFS, ganzes Ressort
- Konto 9, Schule, lediglich Kontogruppe 93 (Ausserschulische Belange)

Dem Gemeinderat sind Sparmassnahmen mit den Leistungsabbauten einzeln vorzulegen, damit er über die einzelnen Punkte abstimmen kann. Die Vorschläge sollen mindestens eine Reduktion der Aufwendungen von 2 Mio. Franken ergeben. Der Stadtrat soll die grösseren Investitionen nochmals auf ihre zeitliche Notwendigkeit überprüfen und diese begründen.

Ich kann Ihnen versichern, ich selbst bezahle auch nicht gerne Steuern, ich baue auch nicht gerne Leistungen ab oder diskutiere über eine Schliessung des Schützenhauses oder des Hallenbades. Aber ich weiss, dass nur konstruktive Lösungen einen erfolgrei-

chen Weg in die Zukunft bedeuten. Ich bitte sie daher eindringlich, diesem Antrag der CVP zuzustimmen.

Ratspräsident Fredi Morf:

Wir haben jetzt zwei Anträge vorliegen, einen von der RGPK und einen von der CVP. Wenn alle Voten erfolgt sind, stimmen wir zuerst über diese beiden Anträge ab.

Kurt Frei:

Im Vergleich mit der Rechnung 2006 weist das Budget 2008 eine Aufwanderhöhung von ca. 6 Mio. Franken und einen Rückgang des Aufwandüberschusses von 3,5 Mio. Franken aus. Dieser Rückgang beruht auf einer Erhöhung des Steuerertrages um 3,9 Mio. Franken. In den meisten Institutionen bleibt der Aufwand jedoch praktisch unverändert. Einzig die Ressorts 'Allgemeines' und 'Soziale Aufgaben' rechnen mit einem Rückgang des Aufwandüberschusses. Diejenigen Institutionen, die gegenüber der Rechnung 2006 einen höheren Aufwand aufzeigen, müssen dies vor allem deshalb machen, weil der Kanton seinen bisherigen finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommt und die kantonalen Beiträge deutlich kleiner ausfallen. Die Schule muss Beträge von insgesamt 1,1 Mio. Franken im Budget aufnehmen, die durch die Schulpflege in keiner Art und Weise beeinflussbar sind. Einen enormen Teil am höheren Aufwand machen die Kapitalfolgekosten aus, die aufgrund der seit dem Jahr 2006 gemachten und im 2008 noch zu machenden Investitionen verursacht werden. Der Hauptverursacher ist das Entwicklungsprojekt 'Lebern-Dietlimoos'.

Um es vorweg zu sagen, die Folgekosten, die aufgrund des durch gemachte Investitionen erhöhten Verwaltungsvermögens resultieren, belasten die Laufende Rechnung mit einem Aufwandbetrag von 13,7 Mio. Franken. Die Fremdzinsen und die Abschreibungen auf dem Steuer finanzierten Teil des Verwaltungsvermögens alleine ergeben zusammen einen Aufwandbetrag von 7,9 Mio., was 22,5 Steuerprozent sind, gerechnet auf 35 Mio. Franken Steuerertrag. Das gesamte Verwaltungsvermögen wird sich seit der Rechnung 2006 um 17,4 Mio. auf 61,6 Mio. Franken erhöhen. Wesentlich dazu tragen die Investitionen ins Entwicklungsprojekt 'Lebern-Dietlimoos', nämlich bis Ende 2008 13,2 Mio. Franken, bei. Da die Gemeinde bekanntlich kein Kapital für Investitionen hat, hat mindestens bis jetzt zusätzliches Fremdkapital aufgenommen werden müssen. Dieses belastet die Laufende Rechnung mit einem Aufwand von rund 3 Mio. Franken. Dank den Landverkäufen kann das Fremdkapital künftig auf der bestehenden Höhe konsolidiert werden. In welcher Zeitspanne und in welcher Höhe der Kapitalrückfluss aus den Investitionen erfolgen wird, ist nicht genau bekannt. Das Budget 2008 sieht immerhin einen Betrag für Anschlussgebühren vor. Aber die Vorfinanzierung in Infrastruktur der nicht eingezonten Gebiete bleibt für einen nicht definierbaren Zeitraum bei der Gemeinde hängen. Die ZIS, die auf das ganze Projekt Zeitdruck ausgeübt hat, zahlt, ausser den Anschlussgebühren, mit ihrem relativ bescheidenen Baurechtzins nicht Wesentliches an die Gebietserschliessung.

Die im Budget 2008 zu 104 % geschätzten Steuererträge liegen mit 37 Mio. Franken tiefer als die Steuererträge im Budget 2007, jedoch um ca. 1 Mio. Franken höher als in der Rechnung 2006. Die Frage: Warum verschlechtern sich in Adliswil die Steuererträge, trotz besser werdenden Wirtschaft - das Bruttoinlandprodukt ist in den letzten drei Jahren jährlich 2,7 bis 4,9 % angewachsen - bleibt unbeantwortet. Die Versicherungen werden

weiterhin kleine Steuerabgaben leisten, weil auf den New Yorker Terroranschlag jetzt die US-Kreditkrise folgt und die siebenjährige Abschreibungsperiode von neuem beginnt.

Trotz geplantem höherem Steuerertrag weist das Budget 2008 noch einen Aufwandüberschuss von 3,6 Mio. Franken aus, der mit dem ohnehin schon bescheidenen Eigenkapital verrechnet wird, sodass das Eigenkapital Ende 2008 noch 7,2 Mio. Franken betragen wird. In Anbetracht eines Umsatzes in der Laufenden Rechnung von fast 140 Mio. ist dies wirklich eine bescheidene Kapitaldecke. Die mit Adliswil vergleichbaren Gemeinden Dübendorf, Wädenswil, Wetzikon, Schlieren und Affoltern a. A. haben einen Steuerfuss zwischen 116 und 123 Prozent. Aus welchen Gründen sollte ausgerechnet Adliswil darunter liegen?

Das Budget 2008 bringt zum Ausdruck, dass sowohl der Stadtrat als auch die Schulpflege eine Aufwandkonsolidierung durch Umsetzen von Sparmassnahmen erreichen wird. Die aufgeführten Aufwandüberschüsse werden grösstenteils durch Beitragskürzungen von Bund und Kanton und nicht beeinflussbaren Erhöhungen verursacht. Die Steuererträge - insbesondere der juristischen Personen - sind, trotz guter Konjunktur, immer noch tief. Auch unter Einrechnung der zusätzlichen Steuererträge aus dem Quartier 'Lebern-Dietlimoos' muss in den nächsten Jahren mit Defizit gerechnet werden. Rein aus rechnerischer Realität muss eine Erhöhung des Steuerfusses akzeptiert werden.

Sicher müssen künftig weitere Sparmöglichkeiten, aber auch Förderungsmassnahmen des Standortes Adliswil, definiert werden. Eine Rückweisung des Budgets 2008 würde ein regulärer Verwaltungsbetrieb im nächsten Jahr behindern, insbesondere auch zulasten des Personals. Die SP-Fraktion steht weiterhin für eine gute Lebensqualität in Adliswil und will, dass die Gemeinde auch weiterhin attraktive Dienstleistungen anbieten kann. Ganz im Sinne eines guten Service Public.

Roger Neukom:

Dem Vorstoss der CVP werde ich aus folgenden Gründen nicht zustimmen: Die Summe, die die CVP fordert, ist identisch mit der Forderung der RGPK. Ich möchte aber den Stadtrat nicht einschränken und einzelne Ressorts ganz oder teilweise ausgrenzen, z. B. Hochbau und Schule. Der Stadtrat soll selber entscheiden, in welchen Ressorts und Kontengruppen er Sparmassnahmen sieht. Die RGPK und wir von der Fraktion bieten Mithilfe an, nach wie vor. Der Stadtrat muss entscheiden, ob er diese Hilfe annimmt. Als Legislative haben wir wesentlich weniger Detailkenntnisse. Wenn der Stadtrat von unserem Angebot der Zusammenarbeit Gebrauch macht, schätzen wir das. Wenn nicht, müssen wir dies respektieren und seine Vorschläge abwarten. Wir haben in der überparteilichen Gruppe gründlich darüber beraten, ob wir nebst dem Frankenbetrag fixe Vorgaben machen sollen, und wir sind zum Schluss gekommen, dass es im Moment keinen Sinn macht, eben um den Stadtrat nicht zu sehr einzuschränken.

Davide Loss:

Der Stadtrat beantragt die Zustimmung zu einem Budget mit einem Aufwandüberschuss von 3,6 Mio. Franken. In Zeiten finanzieller Not muss darauf geachtet werden, dass nur das Nötige ausgegeben wird. Dies ist auch ein Anliegen der SP-Fraktion. Diesem Anliegen wurde mit dem vorliegenden Budget vollumfänglich Rechnung getragen. Die RGPK beantragt, das Budget 2008 zurückzuweisen mit der Auflage, für das Jahr 2008 weitere 2 Mio. Franken einzusparen. Das Budget ist aber ausgespart. Der Stadtrat hat sämtli-

ches Sparpotenzial ausgenutzt. Er hat seinen Sparwillen unter Beweis gestellt. Wenn wir dem Antrag der RGPK folgen, nehmen wir massive Einbussen bei den städtischen Dienstleistungen in Kauf. Sagen Sie mir, wo sollen wir noch 2 Mio. Franken einsparen? Sollen wir beispielsweise die Bibliothek schliessen? Oder vielleicht das neue Schwimmbad? Wollen wir so weit gehen und die Schulreisen oder die Klassenlager streichen?

Beim vorliegenden Budget wurde auf alles Wünschbare verzichtet. Den Mitarbeitenden wurden sogar die REKA-Checks gestrichen. Das Personal muss heute enorm viel leisten. Es kann nicht sein, dass einmal mehr auf dem Buckel des Personals gespart wird. Oder sollen wir die auf die gesamten Aktivitäten für die Jugend verzichten und beispielsweise das PEPPERMIND schliessen? Wenn wir den Jugendlichen sämtliche Freizeitgestaltungsmöglichkeiten nehmen, dann wird die Jungen in dieser Gemeinde nichts mehr halten. Es wäre eine sehr schlechte Idee, den Kindern die Freizeitbeschäftigungen zu streichen. Zu einer gesunden Entwicklung gehört eine breit gefächerte Freizeitgestaltung. Oder soll Adliswil den Bewohnerinnen und Bewohnern nur noch die minimalen Standards bieten wie Strassen und Schulen? Sollen wir überall sparen und Adliswil zu einem Kaff werden lassen? Oder soll Adliswil ein Ort sein, in dem alle gern leben und die Freizeit verbringen, Jung und Alt?

Der Antrag der CVP ist ebenso unkonkret wie derjenige der RGPK. Pauschale Sparaufrufe nützen in der jetzigen Situation nichts. Stimmen wir den vorliegenden Anträgen der CVP und der RGPK zu, so hat dies hohe Kostenfolgen, wie Stadtrat Heinz Spälti vorher ausgeführt hat. Ich bitte Sie deshalb, die Anträge der CVP und der RGPK abzulehnen.

Franco Rossi:

Davide, du hast gesagt, wir sollen Sparvorschläge machen. Frage bitte einmal Mario Fehr, wie das wäre, wenn wir weniger Goldbarren verteilen würden.

Thomas Fässler:

Ich möchte klarstellen, was Roger Neukom aufgegriffen hat: Es geht darum, dass wir Vorschläge für 2 Mio. Franken wollen, wir fordern nicht einen Betrag von 2 Mio. Franken.

Abstimmung

Wer ist für den Antrag der RGPK gegenüber dem Antrag der CVP:

Der Antrag der RGPK wird mit 20-Ja-Stimmen angenommen.

Wer ist für den Antrag der RGPK gegenüber dem Antrag des Stadtrates:

Der RGPK-Antrag ist mit 25 : 9 Stimmen angenommen, und somit ist das Budget zurückgewiesen.

Auf Antrag von Robert Wälle beschliesst der Rat, die allgemeine Fragestunde auf die nächste Sitzung zu verschieben.

5. Stellenbudget 2008 (SRB 305/07)**Antrag des Stadtrates auf Zustimmung zu den Etatveränderungen und Genehmigung des Stellenplans****Patrick Stutz, Präsident der RGPK:**

Aufgrund der Rückweisung des Budget 2008 und der Ansicht der Mehrheit der RGPK, dass der Stellenplan direkt mit dem Budget in Zusammenhang steht, stellt die RGPK grossmehrheitlich den Antrag:

Der Stellenplan ist zurückzuweisen.

Mit der Erarbeitung eines Massnahmenkataloges für die Aufwandreduktion steht auch der Stellenplan 2008 in Frage und muss kritisch hinterfragt werden, und es müssen allenfalls Anpassungen vorgenommen werden. Mit einer Zustimmung zum Stellenplan würde man deren Möglichkeit entziehen.

Thomas Fässler:

Ich nehme zu zwei Punkten Stellung, sie sollen bei der Beratung berücksichtigt werden.

Bei den drei zusätzlichen Stellen im Kinderhaus Werd ist tragisch, dass die stadteigene Kinderkrippe im jetzigen Zustand nicht bewilligungsfähig ist. Die Anzahl der betreuten Kinder erfordert mehr ausgebildetes Personal. Im vorliegenden Antrag der Sozialkommission, der von der RGPK abgelehnt wurde, wären nur die Stellen erhöht, nicht aber eine Verbesserung der Einnahmeseite herbeigeführt worden. An der Präsentation zum neuen Konzept der Kinderkrippe, zu der alle Ratsmitglieder eingeladen waren, haben uns die Verantwortlichen einen grundlegend anderen Ansatz in Bezug auf die Finanzierung vorgelegt. Dieser sieht vor, dass die Kinderkrippe ein Gebühren finanzierter Bereich wird, der z. B. wie der Bereich "Wasserversorgung" mit den bezahlten Gebühren sämtliche Ausgaben decken muss. Um die Eltern weiterhin zu unterstützen, soll der Gemeinderat jährlich einen Unterstützungsbeitrag sprechen, im Budget 2008 sind dafür Fr. 350'000.-- vorgesehen. Gemäss vorgestellten Zahlen bedeutet dies eine durchschnittliche Erhöhung der Elternbeiträge um 8 %, was eine starke zusätzliche Belastung gewisser Familienbudgets zur Folge hat. Die beantragten drei zusätzlichen Stellen sind somit kostenneutral, das heisst, die Stadt spart mindestens Fr. 16'000.- oder fast 5 % gegenüber dem Budget 2007. Zudem können mit diesem Vorschlag sechs weitere Kinder betreut werden. Da die Warteliste sehr lang ist, aktuell 27 Kinder, ist dies sehr zu begrüssen. Die CVP dankt der Sozialkommission für den neuen Ansatz und bittet Sie, diese Stellen zu bewilligen.

Bei der Erhöhung der Position Bildung um 0,2 Stellenprozent ist im Antrag der Schulpflege eine klare Begründung zu finden: die deutlich gestiegene Anzahl Musikschüler. In der momentanen finanziellen Situation sollten natürlich möglichst keine zusätzlichen Stellenprozente bewilligt werden. In diesem Fall wird jedoch die Stadt nicht zusätzlich belastet. Durch eine Gebührenerhöhung konnte der Kostendeckungsgrad sogar um 1 % gesteigert werden. Musik ist in der Entwicklung vieler Kinder eine wichtige Stütze. Ich bin sicher, die Musik kann den einen oder anderen Problemfall verhindern. Bitte unterstützen Sie zusammen mit der CVP diese Erhöhung.

Ratspräsident Fredi Morf:

Wir stimmen zuerst über den Antrag der RGPK ab.

Beschluss

Dem Antrag der RGPK, den Stellenplan zurückzuweisen, wird zugestimmt:

Genehmigung mit 25-Ja-Stimmen.

6. Ersatzbau Sunnesaal

Antrag des Stadtrates auf Abschreibung des Postulates von Ursula Rütimann Habegger betreffend kooperative Planung des Ersatzbaus für den Sunnesaal

Beschluss

Das Postulat von Ursula Rütimann Habegger vom 2. Juni 2003 betreffend kooperative Planung des Ersatzbaus für den Sunnesaal wird abgeschrieben:

Genehmigung.

7. Schulhausneubau Lebern-Dietlimoos (Gesch. No. 135/07)

Antrag der Schulpflege, das Postulat von Ursula Rütimann und Rita Schmid betr. Schulhausneubau im Lebern-Dietlimoos-Quartier auf der Pendenzenliste zu belassen

Rita Schmid:

Es freut mich, dass das Postulat auf der Pendenzenliste bleiben soll. Ich habe einen DVD-Film über einen Prozess von kooperativer Planung mitgebracht. Er handelt von einem Prozess, den ich zusammen mit zwei Personen in Stuttgart geleitet habe und veranschaulicht, wie ein solcher Prozess ablaufen kann.

Beschluss

Das Postulat von Ursula Rütimann und Rita Schmid betreffend Schulhaus-Neubau im Lebern-Dietlimoos-Quartier wird auf der Pendenzenliste belassen:

Genehmigung.

8. Quartier Sonnenberg

Postulat von Davide Loss und Rita Schmid betr. Ersatzlösung für die Anbindung des Quartiers Sonnenberg an das öffentliche Verkehrsnetz, Begründung

Davide Loss und Rita Schmid haben am 3. Dezember 2007 folgendes Postulat eingereicht:

„Antrag

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie das Quartier Sonnenberg bis zur definitiven Einführung einer Buslinie an das öffentliche Verkehrsnetz sinnvoll angeschlossen werden kann. Dabei sollen die aktuelle Finanzlage sowie die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner massgeblich berücksichtigt werden.

Begründung:

In seiner Antwort auf die Interpellation von Rita Schmid Göldi und Davide Loss vom 27. Juni 2007 betreffend die Integration des Quartiers Sonnenberg in das öffentliche Verkehrsnetz zeigte der Stadtrat die zukünftige Entwicklung im öffentlichen Verkehr auf. Das Quartier Sonnenberg soll nach dem Willen des Stadtrats und des ZVV frühestens Ende 2011 an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen werden.

Bis zu diesem Zeitpunkt soll das Quartier Sonnenberg mit gemischter Bevölkerungsstruktur und ohne Quartierladen vom öffentlichen Verkehr ausgeschlossen bleiben. Für die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers Sonnenberg ist es unzumutbar, während der nächsten vier Jahre vom öffentlichen Verkehr ausgeschlossen zu bleiben.

Im Quartier leben viele ältere Personen, welche dringend auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind. Vor allem der steile, im Winter teilweise schlecht unterhaltene Weg den Hang hinauf stellt bei Frost eine grosse Gefahr dar. Diesen Bedürfnissen aus der Bevölkerung soll Rechnung getragen werden.

Der Stadtrat soll in seinem prüfenden Bericht aufzeigen, wie eine Ersatzlösung bis zur definitiven Einführung einer Buslinie in das Quartier Sonnenberg aussehen könnte. Der Stadtrat wird angehalten, auf die finanzielle Lage der Stadt Adliswil Rücksicht zu nehmen. Es soll eine Ersatzlösung eingeführt werden, die das grösstmögliche Kosten-Nutzen-Verhältnis aufbringt.

Die Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohner sind auf den Anschluss an den öffentlichen Verkehr angewiesen. Ein längeres Zuwarten bis mindestens Ende 2011 ist für das Quartier nicht zumutbar.“

Davide Loss, zur Begründung:

An der Gemeinderatssitzung vom 7. November 2007 hat der Stadtrat die Interpellation von Rita Schmid Göldi und mir betreffend Integration des Quartiers Sonnenberg in das öffentliche Verkehrsnetz beantwortet. Zudem wurde das Verkehrskonzept für die nächsten Jahre präsentiert. Ich danke dem Stadtrat noch für die Beantwortung der Interpellation und der Präsentation des Verkehrskonzepts.

Über die Antworten des Stadtrats sind wir unbefriedigt. Der Stadtrat machte deutlich, dass das Quartier Sonnenberg frühestens Dezember 2011 wieder an das öffentliche

Verkehrsnetz angeschlossen werden soll. Dies ist einerseits positiv, andererseits ist diese Lösung für das Quartier kurz- und mittelfristig aber unhaltbar. Der geplante Realisierungshorizont auf Ende 2011 kann zudem nur eingehalten werden, wenn das Verkehrskonzept ohne Verzögerungen angenommen wird und der Verkehrsrat und die regionale Verkehrskonferenz die Mittel unverzüglich freigeben.

Auf die in der Interpellation gestellten Fragen erhielten wir eine Nichtantwort. Der Stadtrat war bisher nicht bereit, eine Ersatzlösung zu prüfen, was sehr schade ist. Das Quartier Sonnenberg soll – wenn überhaupt – frühestens in vier Jahren an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen werden. Dies ist für die Bevölkerung im höchsten Mass unbefriedigend. Bis zu diesem Zeitpunkt soll das Quartier Sonnenberg mit gemischter Bevölkerungsstruktur und ohne Quartierladen vom öffentlichen Verkehr ausgeschlossen bleiben. Im Quartier leben viele ältere Personen, welche dringend auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind. Vor allem der steile, im Winter teilweise schlecht unterhaltene Weg den Hang hinauf stellt bei Frost eine grosse Gefahr dar. Dieses Problem darf nicht ausser Acht gelassen werden. Bei einem Schadensereignis könnte sich durchaus die Frage stellen, ob nicht die Stadt Adliswil als Garantin haftbar gemacht werden könnte, indem sie diesen gefährlichen Zustand im Sinne des Gefahrensatzes nicht beseitigt hat. Ein Zuwarten bis zur Realisierung des Verkehrskonzepts ist für die betroffene Bevölkerung nicht hinnehmbar. Wir laden den Stadtrat mit diesem Postulat ein, eine vernünftige Ersatzlösung für das Quartier Sonnenberg zu prüfen. Wir fordern aber keineswegs die Einführung einer Buslinie, die ganztätig bedient wird. Dies käme für die Stadt Adliswil aus finanziellen Überlegungen schon gar nicht in Frage. Wir fordern eine Lösung, die einerseits den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohnern Rechnung trägt, andererseits soll der Stadtrat auf die finanzielle Situation Rücksicht nehmen. Ich könnte mir beispielsweise einen Minibusbetrieb auf Kosten der Stadt Adliswil vorstellen oder die Einrichtung eines Sammeltaxis. Dies würde sicherlich keine grossen finanziellen Aufwendungen mit sich bringen und die bedürftigen Personen hätten inzwischen eine vernünftige Ersatzlösung. Allerdings sollte mit dieser Ersatzlösung nicht mehr lange zugewartet werden. Es kann nicht sein, dass ein gesamtes Quartier mit gemischter Bevölkerungsstruktur die nächsten vier Jahre vom öffentlichen Verkehr ausgeschlossen bleiben soll. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat zu überweisen.

Stadtpräsident Harald Huber:

Der Stadtrat empfiehlt, das Postulat nicht zu überweisen.

Clemens Ruckstuhl:

Jetzt haben wir vorhin übers Budget und die desolante Finanzlage gesprochen. Offenbar wurde noch nicht verstanden, dass der Wunschzettel Vergangenheit ist. Auch ich weiss, dass es für die betroffenen Leute nicht einfach ist. Wenn aber einzelne Taxis eingesetzt würden, käme das viel günstiger als eine Buslinie. Wir haben ja einen Versuchsbetrieb gehabt, und aus diesem resultierte klar, dass der Bedarf bei weitem nicht genügend ausgewiesen ist. Klar ist, dass jetzt finanziell nichts drin liegt.

Peter Barmettler:

Ich empfehle den Postulanten, das Postulat zurückzuziehen, denn es ist nicht der richtige Zeitpunkt.

Rita Schmid:

Mit unserem Postulat wird keine Buslösung gefordert wird. Die Planung für die Zukunft muss jetzt beginnen, nicht erst im 2012. Es gibt jenseits einer Buslinie Möglichkeiten, mit denen man den berechtigten Anliegen von Einwohnerinnen und Einwohnern entgegenkommen kann, auch in den jetzigen finanziellen Zeiten.

Davide Loss:

Ich verstehe Ihre Befürchtungen gut. Auch mir ist es ein Anliegen, in Zeiten finanzieller Not nur das auszugeben, was wirklich nötig ist. Aber sollen wir wirklich so weit gehen und ein gesamtes Quartier vom öffentlichen Verkehr ausgeschlossen lassen? Wie gesagt, wir fordern nichts Unbezahlbares, sondern eine kostengünstige und praktikable Lösung, die das grösstmögliche Kosten-Nutzen-Verhältnis aufbringt. Die Lösung soll einerseits den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers Sonnenbergs Rechnung tragen, andererseits soll die Lösung finanziell angemessen sein. Ich verweise auf den Artikel 53, Absatz 1 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates. Dort steht, dass der Stadtrat bzw. die Schuldpflege bei einem Postulat eingeladen wird zu prüfen, ob eine Massnahme zu treffen sei. Unser Postulat verpflichtet den Stadtrat nicht, sofort eine Ersatzmassnahme einzurichten. Wenn die Prüfung des Stadtrates zeigt, dass es nicht möglich ist, eine finanziell angemessene Ersatzlösung einzuführen, dann wissen wir auch weshalb.

Die Stellungnahme des Stadtrates ohne Begründung ist unbefriedigend und zeigt, dass der Wille für eine Prüfung nicht vorhanden ist. Es ist auch nicht der falsche Zeitpunkt. Die Finanzlage wird auch in einem Jahr nicht besser sein, aber das Quartier braucht jetzt eine Ersatzlösung und nicht erst im 2011. Ich bitte Sie, diesem Projekt eine Chance zu geben, es verpflichtet den Stadtrat zu nichts.

Max Stenz:

Vielleicht kann ich Davide Loss einen Ersatz anbieten: Ich bin in Oberleimbach aufgewachsen und von dort in die Adliswiler Schule gelaufen und auch meine Eltern habe das so gemacht. Die Evolution ist noch nicht so weit fortgeschritten, dass unsere Bürobeine so kurz sind, dass man zu jedem Haus einen Bus braucht - man kann auch heute noch laufen.

Peter Barmettler:

Der Grund, weshalb der Stadtrat das Postulat nicht annehmen möchte, sind die Finanzen.

Clemens Ruckstuhl:

Wir haben einen Versuchsbetrieb gehabt und es hat sich gezeigt, dass der Bedarf viel zu gering ist. Warum soll jetzt das Ganze nochmals geprüft werden?

Nicole Kappeler:

Ich wohne seit über 15 Jahren im Quartier Sonnenberg und ich weiss, dass es für ältere Personen ein Anliegen ist, einen öffentlichen Bus zu haben. Aber es gibt auch noch andere Quartiere mit vergleichbaren steilen Hängen, die auch keinen direkten Busbetrieb

haben - z. B. Büchelring, Waldstrasse oder Richtung Grüt. Im Quartier Sonnenberg ist dieses Anliegen mit dem ausgewiesenen kleinen Bedarf eine überrissene Sache. Vielleicht müsste man einmal bei der Schule fragen, ob man mit dem Bus, der die Kinder zum Hallenbad fährt, mitfahren könnte. Dann könnten diese Personen im Dorf aussteigen, und so würde zumindest ein Weg wegfallen.

Urs Weyermann:

Das Ganze wurde schon einmal vom Verein Altersfragen diskutiert. Dabei wurde ich angefragt. Als wir kurz über die Finanzen gesprochen haben, war klar, dass es keine Lösung gibt.

Beschluss

Das Postulat von Davide Loss und Rita Schmid betr. Ersatzlösung für die Anbindung des Quartiers Sonnenberg an das öffentliche Verkehrsnetz wird nicht überwiesen.

9. Neubau Stadtsaal

Beantwortung der Interpellation von Ruedi Stieger betr. Neubau des Stadtsaals

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation von Ruedi Stieger wie folgt:

Vorbemerkungen:

Am 23. Oktober 2007 hat der Stadtrat über den Antrag zur Ablehnung der Stadtsaalinitiative und der temporären Miete eines Saals befunden und beantragt dem Gemeinderat die Ablehnung des Initiativbegehrens und somit die Durchführung einer Volksabstimmung.

Frage 1: „Wann wird die Initiative zur Volksabstimmung gebracht?“

Bei einer Ablehnung der Initiativvorlage durch den Gemeinderat am 5. Dezember 2007 und somit Zustimmung zum Antrag des Stadtrats wird das Stimmvolk voraussichtlich Mitte 2008 über die Initiative befinden.

Wenn der Gemeinderat die Initiativvorlage annehmen sollte, würde eine Volksabstimmung über die Initiative entfallen. Das Stimmvolk würde dann erst beim Bauentscheid und der Genehmigung des Baukredits abstimmen.

Frage 2: „Mit welchen Empfehlungen wird der Stadtrat die Volksabstimmung begleiten?“

Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 23. Oktober 2007 die Initiativvorlage zur Ablehnung empfohlen (vgl. auch Vorbemerkungen).

Frage 3: „Was will der Stadtrat wann tun, um dem überwiesenen Postulat zur kooperativen Planung des Baus gerecht zu werden?“

Sollte entgegen dem oben genannten Antrag seitens Gemeinderat der Bau eines neuen Stadtsaals beschlossen werden, würde der Stadtrat dafür besorgt sein, dass die Interessengruppen bei der Entwicklung sowie insbesondere bei der Definition des Nutzungskonzepts und der Umsetzung des Vorhabens gebührend einbezogen würden.

Frage 4: „Ist der Stadtrat bereit, nicht nur den Bau, sondern auch ein geeignetes Betriebskonzept kooperativ, insbesondere mit den interessierten Vereinen und dem HGVA, zu erarbeiten?“

Das Betriebskonzept ist insbesondere Bestandteil der Entwicklungs- und Planungsphase. Dementsprechend gilt die Antwort wie unter Frage 3.

Frage 5: „Wie gedenkt der Stadtrat vorzugehen, um einen einfachen, kostengünstigen, aber architektonisch überzeugenden Bau vorschlagen zu können?“

Bei einer Realisierung des Vorhabens entgegen dem oben genannten Antrag an den Gemeinderat würde zur Sicherstellung der ökonomischen und architektonischen Anforderungen eine entsprechende Formulierung der Aufgabenstellung und Festlegung des Pflichtenhefts für das Vorhaben erfolgen. Die submissionsrechtlich geforderte Planerselektion nach ökonomischen und qualitativen Gesichtspunkten und ein umfassendes Controlling bei der Planung und Ausführung sind weitere Instrumente zur Qualitätssicherung.

Frage 6: „Bis wann legt der Stadtrat dem Gemeinderat entsprechende Kreditbegehren vor?“

Bei einer Annahme der Volksinitiative könnte nach erfolgter Planerevaluation ein Projektierungskredit frühestens im Sommer 2009 vorgelegt werden.

Frage 7: „Bis wann wird der neue Stadtsaal gebaut?“

Bei einer Annahme der Volksinitiative und Genehmigung der nachfolgenden Kreditanträge könnte das Stimmvolk frühestens Ende 2010 bzw. Anfang 2011 über das Bauvorhaben mit entsprechendem Baukredit entscheiden. Demzufolge könnte dann mit der Fertigstellung des Stadtsaalbaus im Jahr 2013 gerechnet werden.

Ruedi Stieger, zur Beantwortung:

Ich mach's kurz: Ich danke der Verwaltung für die Beantwortung meiner Fragen. Jetzt wissen wir, wie die Verwaltung vorgehen würde, wenn wider Erwarten ein Stadtsaal gebaut werden müsste. Wie Verwaltungen eben arbeiten: Schön nach Schema abarbeiten. Zwischen den Zeilen kann man aber auch ganz schwach die Antwort des Stadtrates finden: Wir dürfen nicht und wenn wir dürften, dann könnten wir nicht, aber dann müssten wir, also wollen wir nicht. Aber vielleicht kann ich auch nur die Körpersprache von Adliswil noch nicht lesen und alles ist ganz anders.

Schluss der Sitzung: 22.20 Uhr

Für die Richtigkeit:



Ida Hofstetter, Ratssekretärin